



**Sozialwissenschaftliches  
Institut der Bundeswehr**

**134**

**SOWI-Arbeitspapier**

*Ines-Jacqueline Werkner*

## **Allgemeine Trends und Entwicklungslinien in den europäischen Wehrsystemen**

**Juli 2003  
Strausberg**



*Ines-Jacqueline Werkner*

**Allgemeine Trends und Entwicklungslinien  
in den europäischen Wehrsystemen**

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei dem Autor.

Copyright by  
SOWI 2003  
Alle Rechte vorbehalten  
ISSN 1433-9390  
Druck:  
Wehrbereichsverwaltung Ost

Sozialwissenschaftliches  
Institut der Bundeswehr  
Prötzeler Chaussee 20  
15344 Strausberg  
Tel.: 03341/58-1801  
Fax: 03341/58-1802  
[www.sowi-bundeswehr.de](http://www.sowi-bundeswehr.de)

## Kurzfassung

Seit 1990 haben in den europäischen Staaten umfangreiche Wehrstrukturreformen stattgefunden, die zu einem Großteil auch gegenwärtig noch andauern. Karl W. Haltiner wies für die europäischen NATO- und westeuropäischen Nicht-NATO-Staaten einen allgemeinen Trend hin zu Freiwilligenarmeen nach. Die vorliegende Untersuchung rezipiert diesen empirischen Vergleich unter Hinzunahme aktueller Daten und zusätzlicher Variablen. Sie bezieht – mit Ausnahme der Kriegs- bzw. Krisengebiete Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina, der Inselstaaten Zypern und Malta sowie der Staaten ohne Streitkräfte wie Island und Liechtenstein – alle europäischen Staaten mit ein. Untersucht werden mögliche Zusammenhänge zwischen der Wehrpflicht-rate als Ausdruck des Rekrutierungssystems und aktuellen Entwicklungen. Konkret werden die sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen seit 1990, aktuelle Wehrstrukturentwicklungen sowie gesamtgesellschaftliche Tendenzen nachgezeichnet und analysiert.

Wesentliche Ergebnisse von Haltiners Studie lassen sich auf die hier betrachteten 35 europäischen Staaten übertragen. Auch im Blick auf Gesamteuropa kann man vom Ende der Masseneheere sprechen und sind Trends zur Abschaffung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht erkennbar. Dabei ist empirisch das Absinken der Wehrpflicht-rate in Europa nicht nur ein Resultat der sicherheits- und verteidigungspolitischen Veränderungen seit 1989/90, dieser Trend wird – und hier unterscheiden sich beide Studien – noch durch entsprechende sozioökonomische und soziokulturelle Entwicklungen verstärkt.

## Summary

Since 1990, sweeping reforms of military structure have been taking place in the European countries, a huge part of these reforms still being in course. For the European NATO member states and for the Western European non-members, Karl W. Haltiner furnished evidence of a general tendency towards all-volunteer armed forces. The study in hand does adopt this empirical comparison, adding current data and supplementary variables. Except for the conflict or crisis regions of former Yugoslavia and Bosnia-Herzegovina, the island states of Cyprus and Malta as well as those states maintaining no armed forces at all (such as Iceland and Liechtenstein), this study deals with all the European states. Possible interconnections between the conscript ratio as an expression of the recruitment system, and present developments are subject of examination. The developments on the fields of security and defence policy since 1990, present developments of military structure as well as overall-society tendencies are concretely and objectively redrawn and analysed.

Some essential results of Haltiner's study can be adopted for the 35 European states constituting the subject of this examination. Under an all-European angle, one can also speak of an end of mass forces, and trends towards abolition or suspension of conscription are to be recognised. Empirically spoken, the decrease of the conscript ratio in Europe is not only a result of the changes in security and defence policy since 1989/90, this trend being even reinforced – and this is just the difference between the two of the studies – by corresponding socio-economic and socio-cultural developments.



## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung und Methodik</b>	<b>7</b>
<b>2</b>	<b>Sicherheits- und verteidigungspolitische Entwicklungen seit 1990</b>	<b>9</b>
2.1	Prioritätenwechsel im Auftragspektrum der Streitkräfte	9
2.2	Stärkere Einbindung in inter- und supranationale Organisationen	13
2.3	Zunehmende Multinationalität von Streitkräften	18
<b>3</b>	<b>Aktuelle Wehrstrukturentwicklungen</b>	<b>19</b>
3.1	Niedrigere Verteidigungshaushalte	19
3.2	Kleinere Streitkräfte	22
3.3	Sinkende Wehrpflichtanteile	24
3.4	Kürzere Wehrdienstzeiten	29
3.5	Weitere Wehrstrukturentwicklungen	31
<b>4</b>	<b>Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen</b>	<b>33</b>
4.1	Demokratisierungsgrad	33
4.2	Allgemeine Steigerung des Entwicklungsstandes in den europäischen Staaten	38
4.3	Gesellschaftlicher Wertewandel	41
<b>5</b>	<b>Fazit</b>	<b>42</b>
<b>6</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>45</b>
	<b>Autorin</b>	<b>48</b>





## 1 Einleitung und Methodik

Mit dem Ende des Kalten Krieges und den gesellschaftlichen Umbrüchen von 1990 wurde eine Neugestaltung der Sicherheitspolitik und eine Restrukturierung der Streitkräfte notwendig. Die umfangreichen europäischen Wehrstrukturreformen der letzten zehn Jahre zeugen davon. Sie vollzogen sich in mehreren Etappen und dauern zu einem Großteil auch gegenwärtig noch an.<sup>1</sup> Von diesen Reformprozessen betroffen sind insbesondere die Wehrsysteme der europäischen Länder.

Als Teil der Wehrstruktur beinhaltet das Wehrsystem „die Art der Gewinnung und Ergänzung des Personals, die Personalstruktur, das Ausbildungssystem, die Organisation, dazu das quantitative Verhältnis der Teilstreitkräfte zueinander und das Verhältnis zwischen Präsenz und Mobilmachungsanteil, die Dauer und zeitliche Aufteilung des Grundwehrdienstes und die Bewaffnung“.<sup>2</sup> Ein wesentliches Merkmal von Wehrsystemen bilden damit die Rekrutierungssysteme, die folgend auch im Mittelpunkt des Interesses stehen werden.

Konkret wird der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich im Prozess des Wandels der Wehrstrukturen der europäischen Länder hinsichtlich der Rekrutierungssysteme gemeinsame Tendenzen herausbilden und wo Unterschiede erkennbar sind. Dabei werden grundlegende Entwicklungslinien in Europa nach 1990 empirisch aufgezeigt. Als Datenbasis für die Analyse der europäischen Wehrstrukturen dienen vor allem Angaben aus Military Balance des Londoner International Institute für Strategic Studies (IISS).<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.; Klein, Paul: Europas Streitkräfte im Umbruch – Trends und Gemeinsamkeiten, in: dies. (Hrsg.): Europas Armeen im Umbruch, Baden-Baden 2002, S. 7 ff.

<sup>2</sup> Tolksdorf, Wilhelm; Linnenkamp, Hilmar: Wehrstruktur, in: Zoll, Ralf; u. a. (Hrsg.): Bundeswehr und Gesellschaft. Ein Wörterbuch, Opladen 1977, S. 340. Enger gefasst ist der Begriff dagegen bei Buchbender und Mitautoren. Sie reduzieren das Wehrsystem ausschließlich auf das Verfahren der Rekrutierung von Personal für die Streitkräfte. Vgl. Buchbender, Ortwin; u. a.: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik mit Stichworten zur Bundeswehr, 4. überarbeitete Aufl., Hamburg 2000, S. 378.

<sup>3</sup> Vgl. International Institute für Strategic Studies: The Military Balance 1989–2003, insbesondere der letzte Bd.: The Military Balance 2002–2003, London 2002.

Die Untersuchung rezipiert den empirischen Vergleich von Karl W. Haltiner<sup>4</sup> unter Hinzunahme aktueller Daten und zusätzlicher Variablen. Auf der Basis des gegenwärtigen Forschungsstandes sollen neue Einflussgrößen in den Vergleich aufgenommen und weitere Korrelationen herausgearbeitet werden.

Zunächst beschränkt sich diese Studie nicht nur auf Westeuropa<sup>5</sup>, sondern bezieht sich auf insgesamt 35 europäische Staaten.<sup>6</sup> Sie umfasst einen Großteil der europäischen Länder. Ausgenommen sind nur die Kriegs- bzw. Krisengebiete Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina, die Inselstaaten Zypern und Malta sowie die Staaten ohne eigene Streitkräfte wie zum Beispiel Island und Liechtenstein. In diesem Zusammenhang werden auch regionale Unterschiede – hier unterteilt in Nord-, West-, Süd- und Osteuropa – näher betrachtet.

Als abhängige Variable dient in dieser Studie wie bei Haltiner die Wehrpflichttrate. Sie umfasst den Anteil der Wehrdienstleistenden am Gesamtumfang der Streitkräfte.<sup>7</sup> Damit umfasst die Wehrpflichttrate die beiden wesentlichen politisch beeinflussbaren Komponenten des Wehrdienstes: die Anzahl der Einberufungen pro Jahr sowie die Dauer des Wehrdienstes. So definiert sich die Wehrpflichttrate (WR) wie folgt:

$$\begin{aligned} WR &= \text{Anz. der Wehrpflichtigen} \times 100 / \text{Umfang der Streitkräfte} \text{ bzw.} \\ &= \text{Anz. der Einberufungen} \times \text{Wehrdienstdauer} \times 100 / \text{Umfang der Streitkräfte} \end{aligned}$$

In den einzelnen Abschnitten werden drei Kategorien von Entwicklungslinien nachgezeichnet und analysiert: Einleitend werden allgemeine sicherheits- und verteidigungspolitische Entwick-

<sup>4</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.: The Definite End of the Mass Army in Western Europe?, in: *Armed Forces & Society*, 1/1998, S. 7 ff.; Haltiner, Karl W.: Mass Armies in Western Europe, in: Vlachová, Marie (ed.): *The European Military in Transition. Armed Forces in Their Social Context*, Baden-Baden 1998, S. 38 ff.; Haltiner, Karl W.: Westeuropas Massenheere am Ende?, in: ders.; Kühner, Andreas (Hrsg.): *Wehrpflicht und Miliz – Ende einer Epoche? Der europäische Streitkräftewandel und die Schweizer Miliz*, Baden-Baden 1999, S. 21 ff.; Haltiner, Karl W.; Klein, Paul: Europas Streitkräfte im Umbruch, a. a. O., S. 7 ff.; Haltiner, Karl W.: The Decline of the European Mass Armies, in: Caforio, Giuseppe (Hrsg.): *Handbook of the Sociology of the Military*, New York 2003, S. 361 ff.; Haltiner, Karl W.: Die Wehrpflicht vor dem Aus? Europas Streitkräfte im Umbruch, in: Prüfert, Andreas (Hrsg.): *Hat die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland eine Zukunft?*, im Druck: Baden-Baden 2003.

<sup>5</sup> Karl W. Haltiner untersucht die europäischen NATO-Staaten und die westeuropäischen Nicht-NATO-Staaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden, Schweiz, Türkei.

<sup>6</sup> Nordeuropa: Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden; Westeuropa: Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz; Südeuropa: Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, Türkei; Osteuropa: Albanien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine, Ungarn und Weißrussland. Diese Einteilung der Staaten in Nord-, West-, Süd- und Osteuropa ist dem Bonn International Center for Conversion entlehnt. Vgl. Bonn International Center for Conversion: *Conversion survey 2001. Global Disarmament, Demilitarization and Demobilization*, Baden-Baden 2001, S. 147.

<sup>7</sup> Ausführlicher dazu der Abschnitt 3.3.

lungen seit 1990 skizziert. Das betrifft das neue Aufgabenspektrum der Streitkräfte, die Einbindung in inter- und supranationale Organisationen oder auch die zunehmende Multinationalität von Streitkräften. Zweitens geht es um aktuelle Wehrstrukturentwicklungen. Dieser Abschnitt beinhaltet Faktoren wie Verteidigungshaushalt, Streitkräfteumfang, Wehrpflichtigenanteil, Wehrdienstzeiten oder die Höhe der Frauenanteile in den Streitkräften. Und drittens gilt es, gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mit einzubeziehen wie beispielsweise den Demokratisierungsgrad der Staaten, die Entwicklungsniveaus der einzelnen europäischen Länder oder den sich vollziehenden Wertewandel. Aus empirischer Sicht werden die Auswirkungen dieser Variablen auf die nationalen Wehrsysteme und mögliche Korrelationen betrachtet.

## **2 Sicherheits- und verteidigungspolitische Entwicklungen seit 1990**

### **2.1 Prioritätenwechsel im Auftragsspektrum der Streitkräfte**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war das internationale System von einer Konstellation ständiger Konfrontation geprägt. Damit im Zusammenhang standen der ideologische Antagonismus, die systembedingten Abgrenzungsbemühungen und die Rüstungskonkurrenz.<sup>8</sup> Mit den gesellschaftlichen Umbrüchen von 1989/90 hat sich die sicherheitspolitische Landschaft Europas von Grund auf verändert. Die Beendigung der Bipolarität und das Einsetzen der Demokratisierungsprozesse in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten einschließlich der meisten Nachfolgerepubliken der Sowjetunion haben einerseits die große Kriegsgefahr in Zentraleuropa deutlich verringern lassen. Dies nährte zugleich die Hoffnung auf einen „demokratischen Frieden“<sup>9</sup> im Sinne einer Zivilisierung der internationalen Beziehungen. Jedoch haben die durch den Ost-West-Konflikt überdeckten und nach 1990 wieder aufbrechenden regionalen Konflikte wie Nationalismus, ethnische Konflikte und Grenzstreitigkeiten diese Erwartungen schnell wieder schwinden lassen. Hinzu kommen weitere Risiken wie beispielsweise Terrorismus oder die Gefahr der nuklearen Proliferation. Damit wurden die ehemals festen politischen Strukturen und die relativ exakt zu kalkulierende Bedrohung durch eine neue sicherheitspolitische Konstellation abgelöst, die

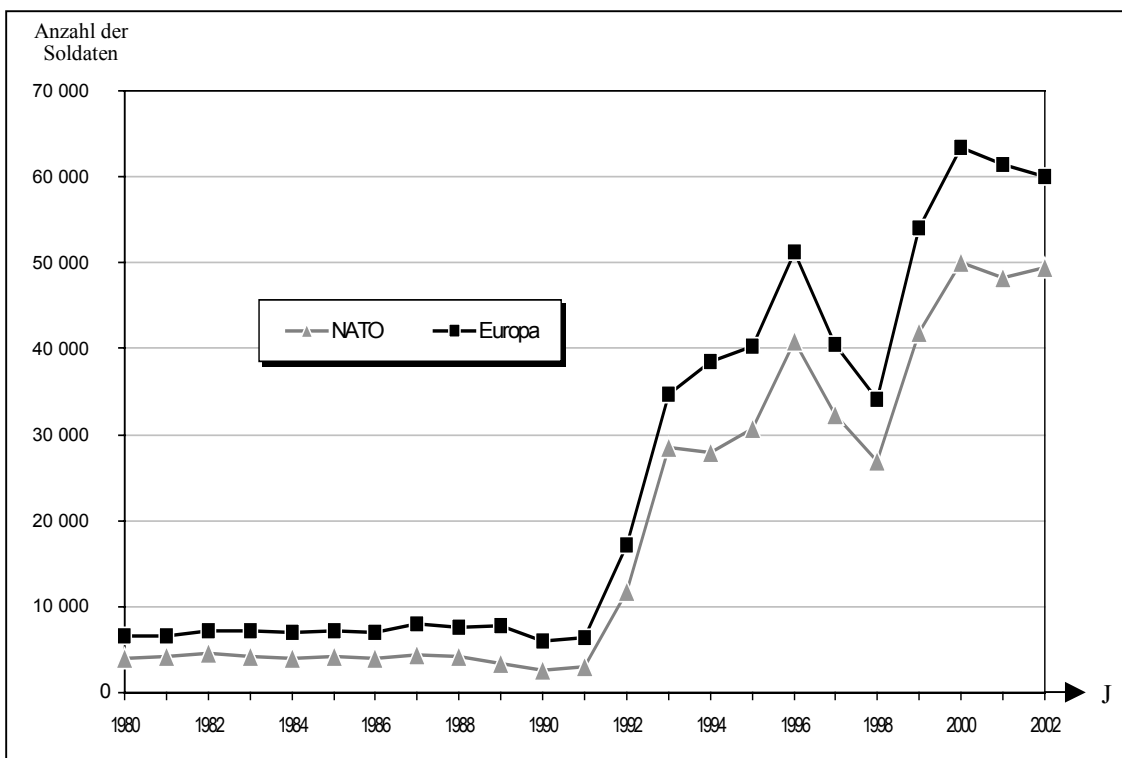
<sup>8</sup> Vgl. Senghaas, Dieter: Die Neugestaltung Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 18/1991, S. 11.

<sup>9</sup> Kümmel, Gerhard; Biehl, Heiko: Anforderungen an die deutsche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Klein, Paul; Walz, Dieter (Hrsg.): Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Baden-Baden 2000, S. 16.

zumindest für Zentraleuropa keine unmittelbaren existenziellen Gefahren mehr bietet, aber durch eine ganze Spannweite von Risiken und Ungewissheiten gekennzeichnet ist.

Diese veränderte Bedrohungslage hat die territoriale Verteidigung für viele europäische Staaten in den Hintergrund rücken lassen. Nationale Streitkräfte werden in zunehmendem Maße im Rahmen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements zur Sicherung der internationalen Ordnung und Deeskalation von Konflikten eingesetzt. Die folgende Grafik (Abbildung 1) verdeutlicht diese Entwicklung:

Abb. 1: Anzahl der Soldaten im Auslandseinsatz (Out of Area-Einsätze) 1980–2002



Das Aufgabenfeld der Streitkräfte ist damit größer geworden. Sie wachsen sukzessive in ein neues Rollenset hinein. Zu den traditionellen Aufgaben der Selbstverteidigung und Abschreckung treten Funktionen, die Bredow und Kümmel mit „Ver-Streetworkung, Ver-Zivildienstlichung und Konstabularisierung“<sup>10</sup> umschreiben. Die Soldaten agieren damit auch als internationale Polizisten, Sozialarbeiter, Verwalter und Diplomaten.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Bredow, Wilfried von; Kümmel, Gerhard: Das Militär und die Herausforderung globaler Sicherheit. Der Spagat zwischen traditionellen und nicht-traditionalen Rollen, Strausberg 1999, S. 24.

<sup>11</sup> Vgl. ebenda, S. 16 ff.; Haltiner, Karl W.; Klein, Paul: Europas Streitkräfte im Umbruch, a. a. O., S. 13 f.

Was bedeutet diese Entwicklung für die nationalen Wehrsysteme? Karl W. Haltiner hat in seiner Studie für die europäischen NATO- und westeuropäischen Nicht-NATO-Staaten im Jahr 1999 einen hohen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Wehrpflichtrate, d. h. dem Anteil der Wehrpflichtigen an den Streitkräften, und der quantitativen Beteiligung an Out of Area-Operationen feststellen können ( $r^2 = 0,530$ <sup>12</sup> bzw.  $r^2 = 0,430$ <sup>13</sup>). So würden Staaten, die ihre Wehrpflichtrate abbauen bzw. die Wehrpflicht gänzlich aussetzen, ihre Streitkräfte in einem erheblichen Ausmaß in Auslandsoperationen einsetzen. – Für das Jahr 2002 lässt sich dagegen ein derartig hoher signifikanter Zusammenhang für die von Haltiner betrachteten Länder nicht mehr feststellen.

Untersucht man nun die Verbindungen zwischen der Wehrpflichtrate (WR) und der quantitativen Beteiligung an Out of Area-Einsätzen<sup>14</sup> für die 35 hier betrachteten europäischen Staaten, lässt sich ebenfalls ein – wenn auch nicht stark ausgeprägter – statistisch signifikanter Zusammenhang erkennen ( $r^2 = 0,226$  bei einem Signifikanzniveau von 0,005).

---

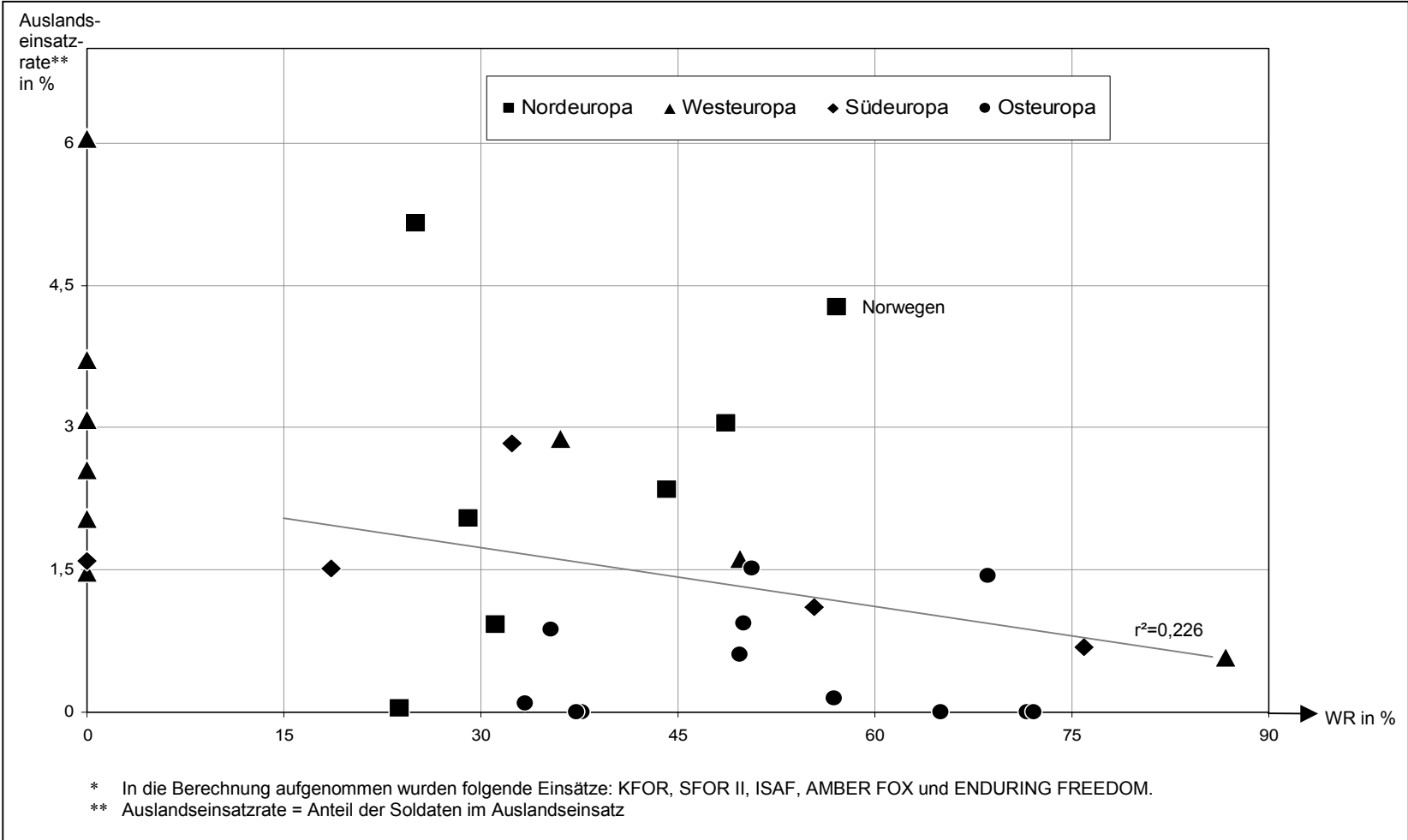
<sup>12</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.: Die Wehrpflicht vor dem Aus?, a. a. O.

<sup>13</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.: The Decline of the European Mass Armies, a. a. O., S. 381 f.

<sup>14</sup> Konkret: KFOR, SFOR II, ISAF, AMBER FOX und ENDURING FREEDOM.



Abb. 2: Zusammenhang zwischen der Wehrpflichtrate (WR) und der quantitativen Beteiligung an Out of Area-Einsätzen\* im Jahr 2002



Tendenziell weisen Freiwilligenarmeen höhere Auslandseinsatzraten, d. h. höhere prozentuale Anteile an Soldaten, die sich in UN- und Peacekeeping-Einsätzen befinden, auf als Wehrpflichtarmeen. Die höchste Auslandseinsatzrate besitzen die Niederlande mit 6,1 Prozent. Aber diesbezüglich existieren auch Gegenbeispiele. In diesem Zusammenhang ist insbesondere Norwegen zu nennen, ein Land mit einer relativ hohen Wehrpflichtrate, aber auch einer Auslandseinsatzrate von 4,3 Prozent. So erklärt sich auch der nur relativ geringe Anteil der Varianz. Selbst ohne Norwegen würde sich der Wert auf nur  $r^2 = 0,298$  erhöhen.

## 2.2 Stärkere Einbindung in inter- und supranationale Organisationen

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist ein Trend zu einer stärkeren Einbindung in politische und sicherheitspolitische Bündnisse wie EU, WEU und NATO zu beobachten. Das betrifft insbesondere zwei Gruppen von Staaten: Zum einen handelt es sich um Länder in Mittel- und Osteuropa. Hier ist eine Orientierung der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten sowie der meisten Nachfolgerepubliken der Sowjetunion nach Westen erkennbar. Zum anderen zeigen die neutralen Staaten nach 1990 ein zunehmendes Interesse, sich Allianzen anzuschließen.

So traten 1995 drei neutrale Staaten der Europäischen Union bei: Österreich, Finnland und Schweden. Von zehn mittel- und osteuropäischen Staaten – Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik und Slowenien – liegen offizielle Beitrittsgesuche vor, des Weiteren von Malta, Zypern und der Türkei. Das Beitrittsgesuch der Schweiz zur EU (1992) ruht, seit die Schweizer Bevölkerung am 6.12.1992 gegen die Ratifizierung des EWR-Abkommens stimmte.<sup>15</sup> Im Oktober 2002 empfahl die Brüsseler Kommission, 2004 zehn Staaten<sup>16</sup> und 2007 Bulgarien und Rumänien in die Europäische Union aufzunehmen. Der Türkei werden Beitrittsgespräche in Aussicht gestellt.

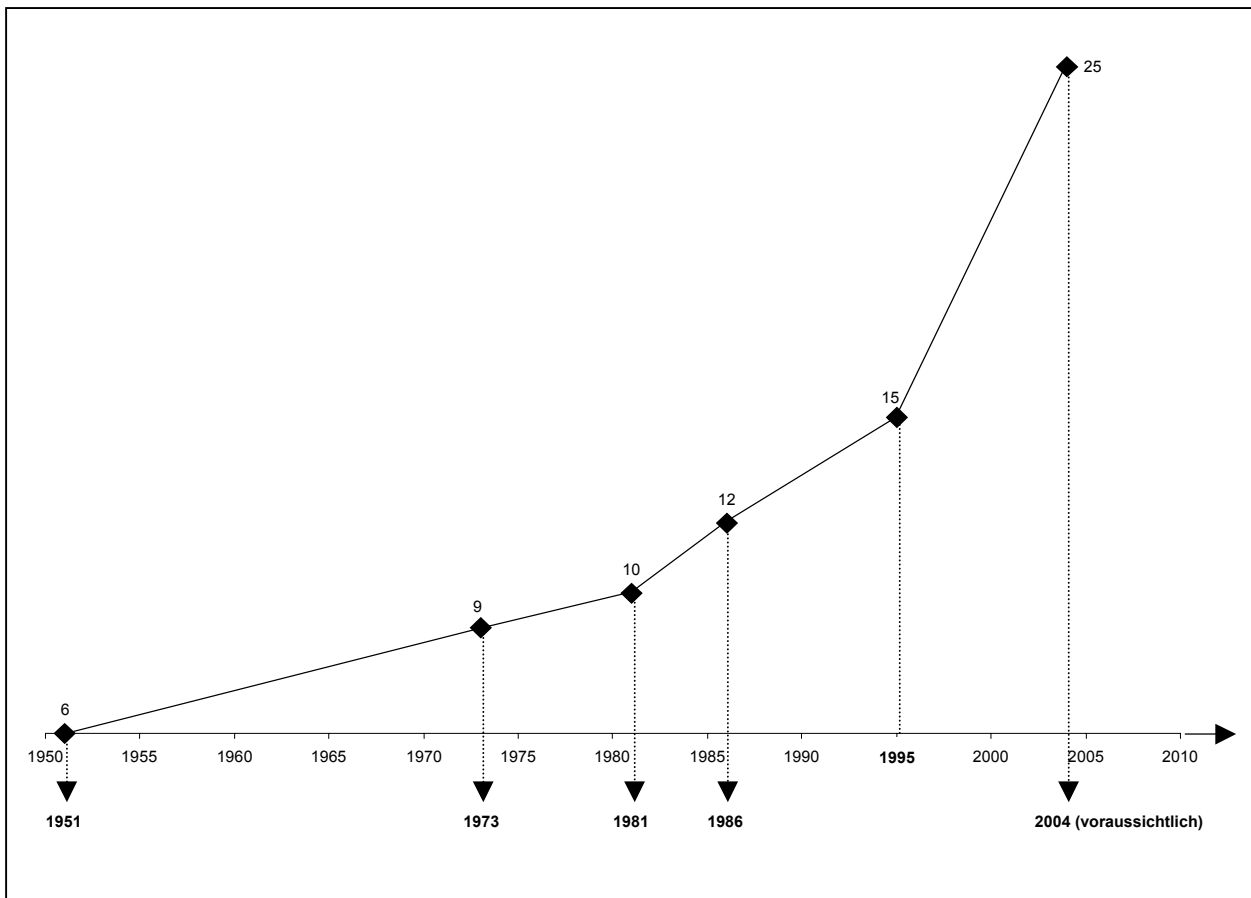
---

<sup>15</sup> Vgl. Baratta, Mario von (Hrsg.): Der Fischer Weltalmanach 2002, Frankfurt a. M. 2001, S. 1048 ff.; <http://europa.eu.int/comm/enlargement/enlargement.htm>, Stand: 28.11.2002.

<sup>16</sup> Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.



Abb. 3: Entwicklung der EU-Mitgliedschaft



Eine parallele Entwicklung vollzieht sich in der Westeuropäischen Union. Gegenwärtig besteht die WEU aus zehn Vollmitgliedern. Zu den Gründerstaaten gehörten Belgien, Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Luxemburg (1948). Eine erste Erweiterung erfolgte 1954 mit Deutschland und Italien. 1990 wurden Spanien und Portugal und 1995 Griechenland Mitglied der WEU. Zu den assoziierten Mitgliedern zählen seit Rom (1992) Norwegen, Island und die Türkei sowie seit 1999 Polen, Ungarn und die Tschechische Republik. Beobachterstaaten waren zunächst (1992) Irland und Dänemark, 1995 kamen die neuen EU-Staaten Österreich, Schweden und Finnland dazu. Und assoziierte Partner sind seit Kirchberg (1994) die mittel- und osteuropäischen Staaten Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei und seit 1996 auch Slowenien.<sup>17</sup>

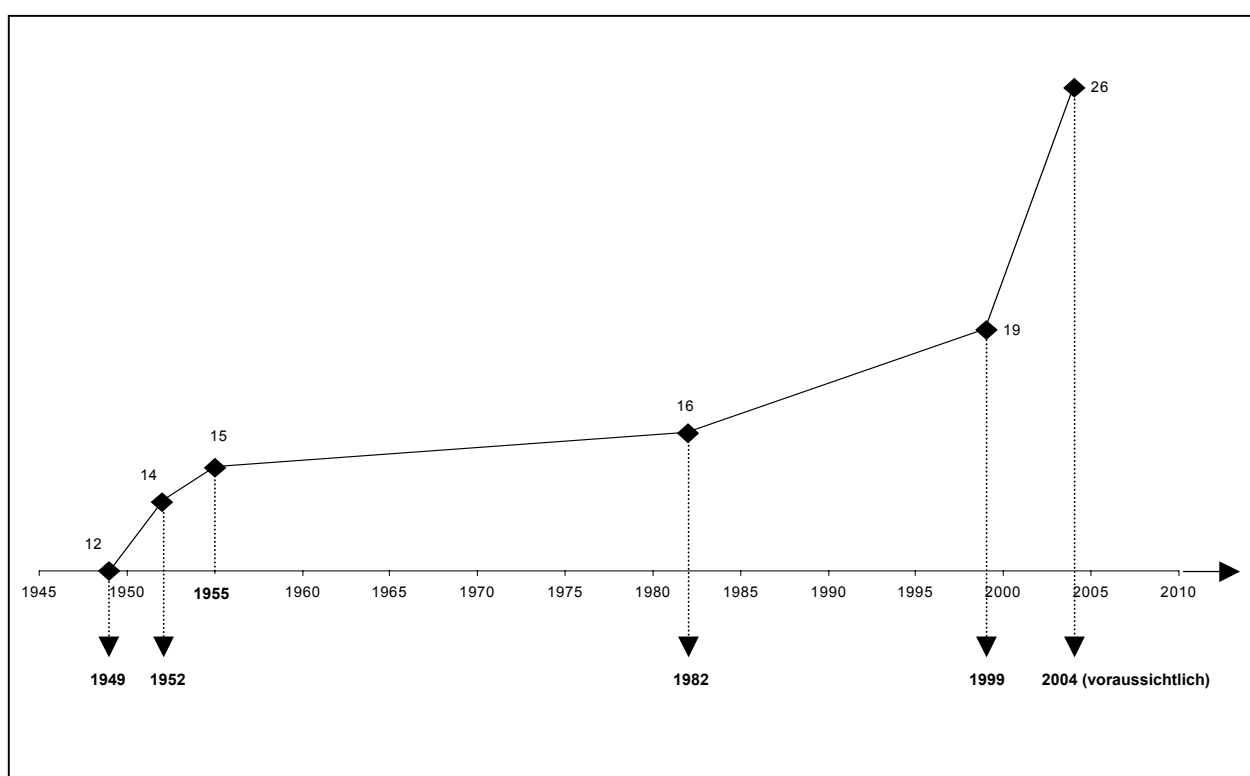
Ebenfalls hat die NATO nach 1990 einen Öffnungsprozess eingeleitet. Zunächst hat sie mit dem Kooperationsprogramm „Partnership für Peace“ (1994) den Artikel 4 ihres Vertrages auf die inzwischen 26 Unterzeichnerstaaten ausgedehnt.<sup>18</sup> Mit Russland und der Ukraine bestehen Sonder-

<sup>17</sup> Vgl. <http://www.weu.int/>, Stand: 30.09.2002.

<sup>18</sup> Vgl. <http://www.nato.int/pfp/sign-cntr.htm>, Stand: 30.09.2002.

abkommen (1997). Polen, Ungarn und die Tschechische Republik wurden 1999 Mitglied der NATO. Neun weitere Länder haben ihr Interesse an der NATO-Mitgliedschaft bekundet, die auch am „Membership Action Plan“ der NATO (1999) teilnehmen.<sup>19</sup> Dazu gehören Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und Mazedonien. Auf dem NATO-Gipfeltreffen im November 2002 wurde dann die weitere Öffnung der Allianz beschlossen. Sieben Staaten<sup>20</sup> haben Einladungen zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erhalten. Mit den Baltischen Staaten werden erstmalig auch Republiken der ehemaligen Sowjetunion in den Erweiterungsprozess einbezogen.

Abb. 4: Entwicklung der NATO-Mitgliedschaft



<sup>19</sup> Die Teilnahme am Membership Action Plan stellt weder eine Garantie für eine künftige Mitgliedschaft dar, noch handelt es sich um eine Checkliste, die die Länder zu erfüllen haben. Er bietet aber Rat, Hilfe und praktische Unterstützung in allen Aspekten der NATO-Mitgliedschaft.

Vgl. <http://www.nato.int/docu/handbook/2001/hb030103.htm>, Stand: 30.09.2002.

<sup>20</sup> Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien.

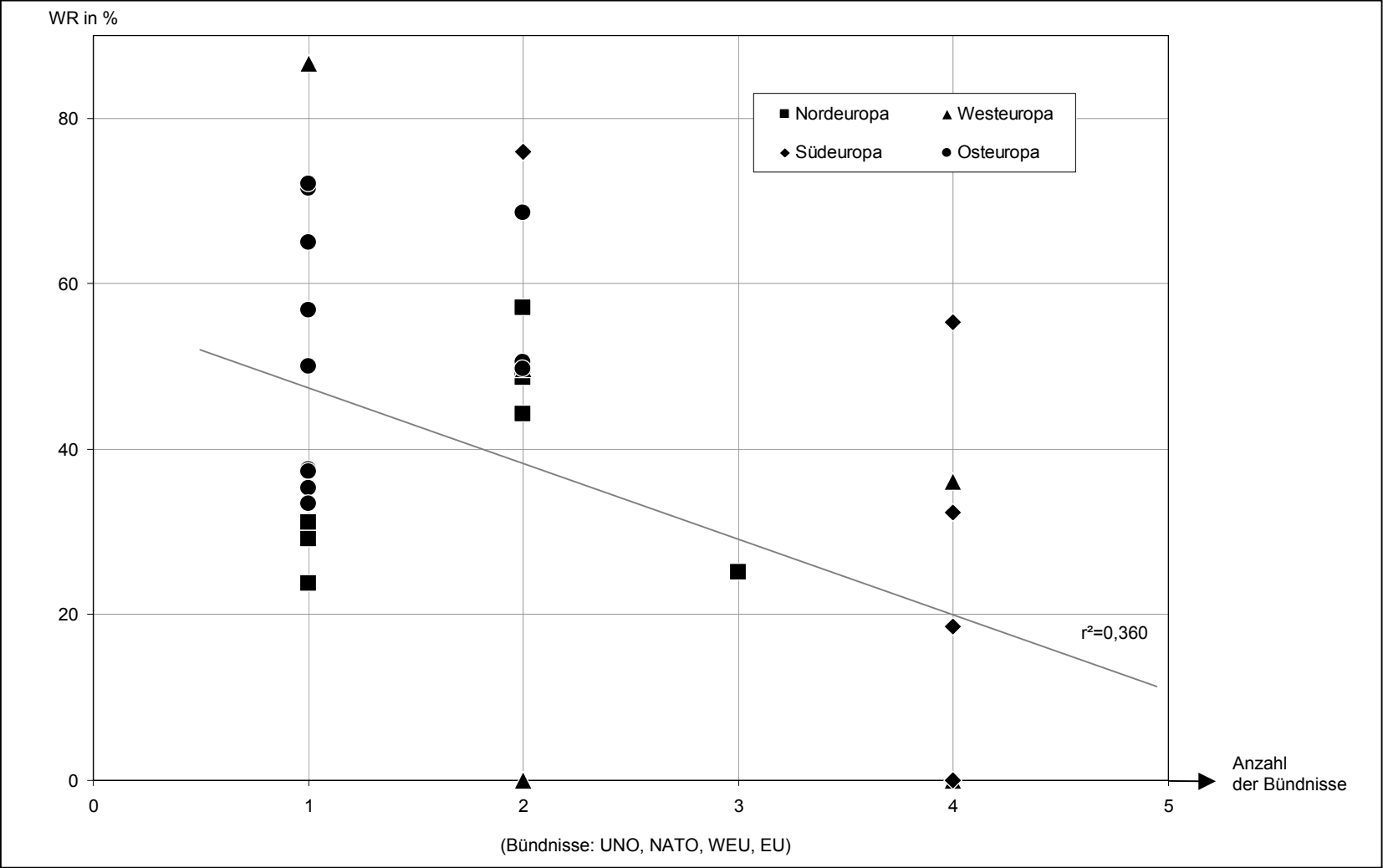
Auch die Tatsache, dass die Schweiz als letztes europäisches Land – abgesehen vom Vatikan – inzwischen den Vereinten Nationen beigetreten ist (2002), unterstreicht die eben aufgeführten Tendenzen einer stärkeren gemeinsamen Einbindung in politische und sicherheitspolitische Allianzen.

Wie wirkt sich diese Entwicklung auf die nationalen Wehrsysteme aus? Karl W. Haltiner weist in seiner Studie für die europäischen NATO- und westeuropäischen Nicht-NATO-Staaten eine diesbezügliche Korrelation nach. Je stärker – so Haltiner – ein Staat in ein inter- bzw. supranationales Allianzsystem eingebunden ist, desto wahrscheinlicher sei es, dass er im Vertrauen auf den Bündnisschutz seine Wehrpflichttrate senkt bzw. die Wehrpflicht gänzlich aussetzt. ( $r^2 = 0,485$ ) So bezeichnet er auch die Auswirkung des Allianzefektes auf die Aussetzung der Wehrpflicht als erheblich.<sup>21</sup> Für Gesamteuropa lässt sich ebenfalls ein Allianzefekt feststellen.

---

<sup>21</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.: Die Wehrpflicht vor dem Aus?, a. a. O. Vor dem Hintergrund der gleichen Datenlage (Daten von 1999) liegt bei ihm in einem anderen Beitrag der Anteil der beobachteten Varianz durch die einflussnehmende Größe bei  $r^2 = 0,608$ . (vgl. Haltiner, Karl W.: The Decline of the European Mass Armies, a. a. O., S. 377, 380) Diese Höhe des Wertes kann jedoch von der Verf. nicht nachvollzogen werden.

Abb. 5: Zusammenhang zwischen der Wehrpflichtrate (WR) und der Einbindung der Staaten in inter- und supranationale politische und Sicherheitssysteme im Jahr 2002





Zwischen der Wehrpflichtrate und der Bündniszugehörigkeit (UNO, NATO, WEU und EU) besteht ein statistisch signifikanter Zusammenhang ( $r^2 = 0,360$  bei einem Signifikanzniveau  $< 0,001$ ). Nimmt man Griechenland und die Türkei – die beiden Staaten mit zwischenstaatlichen Konflikten – aus der Berechnung heraus, so erhöht sich der Anteil der beobachteten Varianz auf  $r^2 = 0,457$  (Signifikanzniveau  $< 0,001$ ).

### 2.3 Zunehmende Multinationalität von Streitkräften

Mit dieser neuen euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur einher geht eine zunehmende Multinationalität von Streitkräften auf Brigade-, Divisions- und Korpsebene einschließlich der unterschiedlichsten Formen der Einbindung (Lead-Nation-Modell, Framework-Modell, Modell vertiefter Integration).<sup>22</sup> Erfolgte die militärische Zusammenarbeit in der Vergangenheit bei klassischen Verteidigungsaufgaben in der Regel auf Stabsebene, reichen die multinationalen Strukturen inzwischen teilweise bis in die Truppe und sogar in die Mannschaftsstuben hinein.<sup>23</sup>

Nicht nur qualitativ, auch quantitativ ist eine zunehmende Multinationalität von Streitkräften zu verzeichnen. Beispielhaft seien hier nur das Eurokorps in Straßburg mit Beteiligung von Streitkräften aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Spanien und Luxemburg (seit 1993), die Deutsch-Französische Brigade (seit 1989), das Deutsch-Niederländische Korps in Münster (seit 1995), das EUROFOR in Florenz (seit 1995) mit Beteiligung Frankreichs, Italiens, Portugals und Spaniens, das Multinationale Korps Nord-Ost in Stettin (seit 1999), bestehend aus dänischen, deutschen und polnischen Streitkräften, sowie die sich in Aufstellung befindliche Italienisch-Slowenisch-Ungarische Brigade genannt.<sup>24</sup>

<sup>22</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Multinationalität, Stichworte für die Öffentlichkeitsarbeit und Truppeninformation, Bonn 1999, S. 9; Buchbender, Ortwin; u. a. (Hrsg.): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik, a. a. O., S. 224 ff.

<sup>23</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.; Klein, Paul: Europas Streitkräfte im Umbruch, a. a. O., S. 16 f.

<sup>24</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Multinationalität, a. a. O., S.10 ff.; Buchbender, Ortwin; u. a. (Hrsg.): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik, a. a. O., S. 224 ff.; Gasperini, Gianfranco; Arnejčič, Beno; Ujj, András: Sociological Aspects concerning the Relations within Contingents of Multinational Units. The case of the Italian-Slovenian-Hungarian Brigade, Rom 2001.

Darüber hinaus beschloss die Europäische Union, bis 2003 eine Schnelle Europäische Eingreiftruppe zu schaffen, die innerhalb von 60 Tagen bis zur Größe von 60 000 Mann einsatzfähig ist. Diese Schnelle EU-Eingreiftruppe soll die ganze Bandbreite der Petersburg-Aufgaben erfüllen können, angefangen von der Evakuierung von EU-Bürgern über humanitäre Hilfseinsätze bis hin zu Einsätzen zur Friedenserhaltung und Friedensschaffung.<sup>25</sup>

Haltiner und Klein sprechen in diesem Zusammenhang von einem Trend der „Denationalisierung und Vergemeinschaftung traditioneller Militäraufgaben“<sup>26</sup>. – Eine logische Konsequenz vor dem Hintergrund, dass Einsätze im Rahmen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements heute in der Regel nur noch als „joint operations“ durchgeführt werden. Und diese Entwicklungstendenz betrifft in zunehmendem Maße auch neutrale Staaten wie beispielsweise die Schweiz.<sup>27</sup>

### 3 Aktuelle Wehrstrukturentwicklungen

#### 3.1 Niedrigere Verteidigungshaushalte

Die letzte Dekade ist durch eine drastische Reduzierung der Militärausgaben gekennzeichnet. Das betrifft insbesondere die Zeitspanne zwischen 1989 und 1995. In dieser Phase sanken die Wehretats rapide. „Die Friedensdividende wurde eingezogen, die nationale Verteidigung zur zweitrangigen Staatsaufgabe.“ – so Karl W. Haltiner, der diese Phase auch als Abbauwelle typisierte.<sup>28</sup> Die größten Einschnitte erfolgten in Osteuropa, insbesondere in Ländern wie Rumänien, Bulgarien und Russland.

<sup>25</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.; Klein, Paul: Europas Streitkräfte im Umbruch, a. a. O., S. 17; <http://www.oeies.or.at/doku/0003/eueingriff.html>, Stand: 30.09.2002.

<sup>26</sup> Haltiner, Karl W.; Klein, Paul: Europas Streitkräfte im Umbruch, a. a. O., S. 17.

<sup>27</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.: Die Schweiz vor einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Kurskorrektur? Anmerkungen zur Neukonzeption der helvetischen Sicherheitspolitik und der Milizarmee, in: ders.; Klein, Paul (Hrsg.): Europas Armeen im Umbruch, Baden-Baden 2002, S. 91 f.

<sup>28</sup> Haltiner, Karl W.: Die Wehrpflicht vor dem Aus?, a. a. O.

Abb. 6: Entwicklung der Militärausgaben 1989–1999 (Index 1999 = 100, basiert auf Daten in Millionen US-Dollar, Preise und Wechselkurse von 1993)

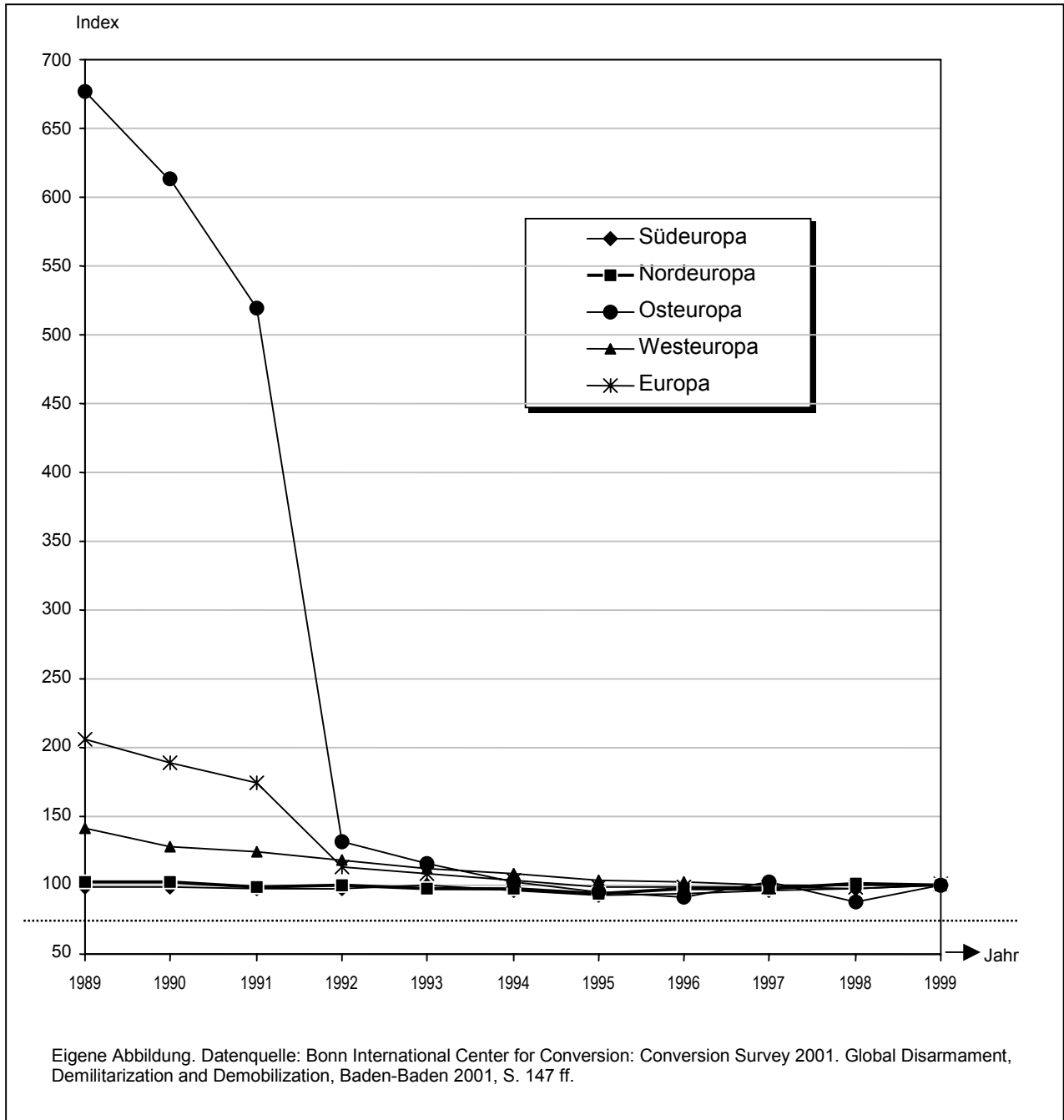




Tabelle 1: Entwicklung der Militärausgaben

	1989	1991	1993	1995	1997	1999
<b>Nordeuropa</b>	14 790	14 355	14 065	13 630	14 210	14 500
<b>Südeuropa</b>	41 580	40 740	42 000	39 060	40 320	42 000
<b>Westeuropa</b>	169 200	150 000	134 400	124 800	120 000	120 000
<b>Osteuropa</b>	198 361	152 360	33 988	27 835	29 886	29 300
<b>Europa</b>	423 948	358 092	224 322	203 742	203 742	205 800

(Angaben in Milliarden US-Dollar, Preise und Wechselkurse von 1993, Datenbasis: siehe Abb. 6)

Nach 1995 ist dieser Trend weitgehend zum Stillstand gekommen. Haltiner bezeichnet diese Phase als „die NATO-orientierte Internationalisierungs- und Professionalisierungswelle“<sup>29</sup>. Die Militärapparate werden auf das erweiterte Aufgabenspektrum und eine neue Personalstruktur umgestellt, was sich auch in den Verteidigungsausgaben widerspiegelt. Dabei geht es einerseits um das Ziel der Europäischen Union, gemeinsame Verteidigungsfähigkeiten zu entwickeln. Andererseits sind viele europäische Staaten gehalten, ihre gegenwärtige militärische Ausrüstung dem veränderten strategischen Umfeld anzupassen. Das betrifft insbesondere auch die neuen osteuropäischen NATO-Staaten. So ist seit 1998 wieder ein leichter Anstieg der Verteidigungsausgaben erkennbar.

Seit dem Ende des Kalten Krieges kontinuierlich steigende Anteile der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt weisen in Europa dagegen nur Griechenland und die Türkei auf – Länder mit zwischenstaatlichen Konflikten, die folglich einen Aufgabenschwerpunkt ihrer Streitkräfte in der Landesverteidigung sehen.<sup>30</sup>

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> Anteil der Militärausgaben am BIP: Griechenland: 4,3 % (1991) auf 4,8 % (1999) und die Türkei: 3,7 % (1991) auf 5,4 % (1999), nach SIPRI Yearbook 2001.

### 3.2 Kleinere Streitkräfte

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch hinsichtlich der Streitkräfteumfänge. Diese wurden in der letzten Dekade in Europa ebenfalls drastisch vermindert. Die größten Reduzierungen erfolgten in der Phase zwischen 1989 und 1995. Die Verschlankung der Streitkräfte hält aber in allen europäischen Staaten weiterhin als allgemeiner Trend an. In dem betrachteten Zeitraum von 1989 bis 2002 haben sich die Streitkräfteumfänge europaweit halbiert. Insbesondere in Osteuropa fanden rapide Verringerungen der Streitkräfteumfänge statt. Sie reduzierten sich dort auf fast ein Drittel. Aber auch in Westeuropa sind die Streitkräfte in diesem Zeitraum um 40 Prozent reduziert worden.



Abb. 7: Entwicklung der Streitkräftezahlen 1989–2002 (Index 2002 = 100)

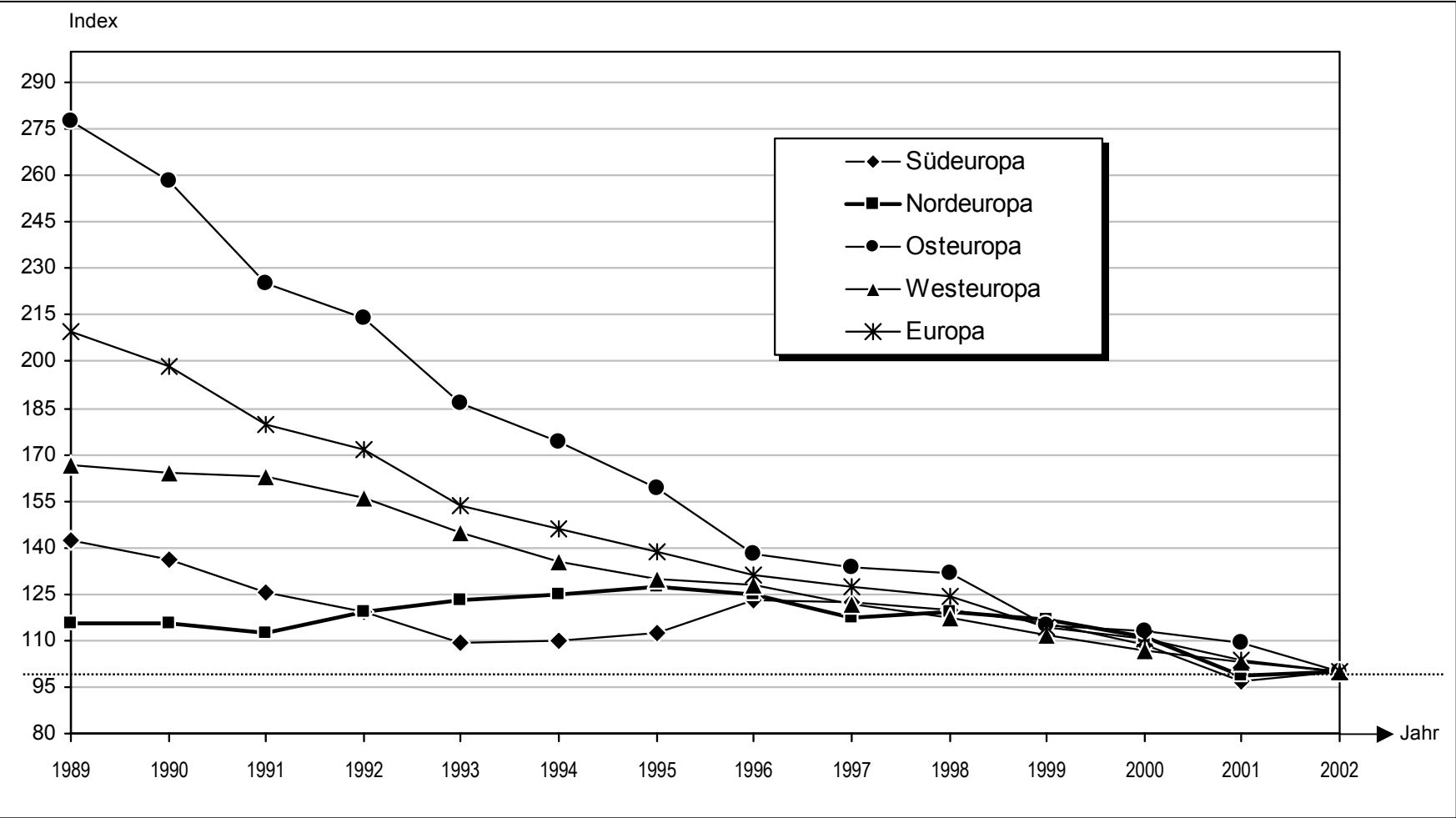


Tabelle 2: Entwicklung der Streitkräftezahlen

	1989	1992	1994	1996	1998	2000	2002
<b>Nordeuropa</b>	161	167	174	175	166	155	140
<b>Südeuropa</b>	1 610	1 349	1 242	1 393	1 353	1 230	1 131
<b>Westeuropa</b>	1 546	1 449	1 260	1 189	1 088	995	929
<b>Osteuropa</b>	5 249	4 045	3 288	2 610	2 485	2 131	1 889
<b>Europa</b>	8 566	7 009	5 965	5 367	5 093	4 511	4 089

(Angaben in 1 000)

Beide hier betrachteten Entwicklungen – sinkende Streitkräftezahlen und geringere Anteile der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt – bedingen sich. Zwischen ihnen besteht – da ein großer Teil der Verteidigungshaushalte Personalausgaben beinhaltet – ein statistisch signifikanter Zusammenhang ( $r^2 = 0,424$ ).

### 3.3 Sinkende Wehrpflichtanteile

Mit dieser Entwicklung einher gehen sinkende Wehrpflicht- und steigende Freiwilligenanteile in den europäischen Armeen. Messbar machen lässt sich dieser Trend mit Hilfe der bereits eingeführten Wehrpflichtrate. Die von Karl W. Haltiner stammende Größe definiert den prozentualen Anteil der Wehrpflichtigen am aktiven Streitkräftebestand. Sie zeigt an, zu welchem Grad sich eine Armee aus Wehrpflichtigen respektive Freiwilligen rekrutiert. Damit bildet sie ein wesentliches Indiz für die organisatorische Beschaffenheit der Wehrstruktur eines Landes.<sup>31</sup>

So ist im Verlaufe der letzten zehn Jahre in fast allen europäischen Staaten eine stetige Verringerung der Wehrpflichtrate zu konstatieren. Ein Vergleich der Jahre 1990 und 2002 belegt diese Entwicklung:

<sup>31</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.: The Definitive End of the Mass Army, a. a. O., S. 12.

Tabelle 3: Wehrpflichtrate (WR) der europäischen Länder\*

	Land	1990	2002
1.	Belgien	39,3	0,0
2.	Niederlande	44,7	0,0
3.	Spanien	73,3	0,0
4.	Frankreich	51,0	0,0
5.	Portugal	63,4	18,6
6.	Estland	-	23,8
7.	Dänemark	36,3	25,1
8.	Lettland	-	29,1
9.	Litauen	-	31,1
10.	Italien	66,5	32,4
11.	Russland	62,7	33,4
12.	Rumänien	65,5	35,3
13.	Deutschland	43,5	36,1
14.	Kroatien	-	37,3
15.	Weißrussland	-	37,6

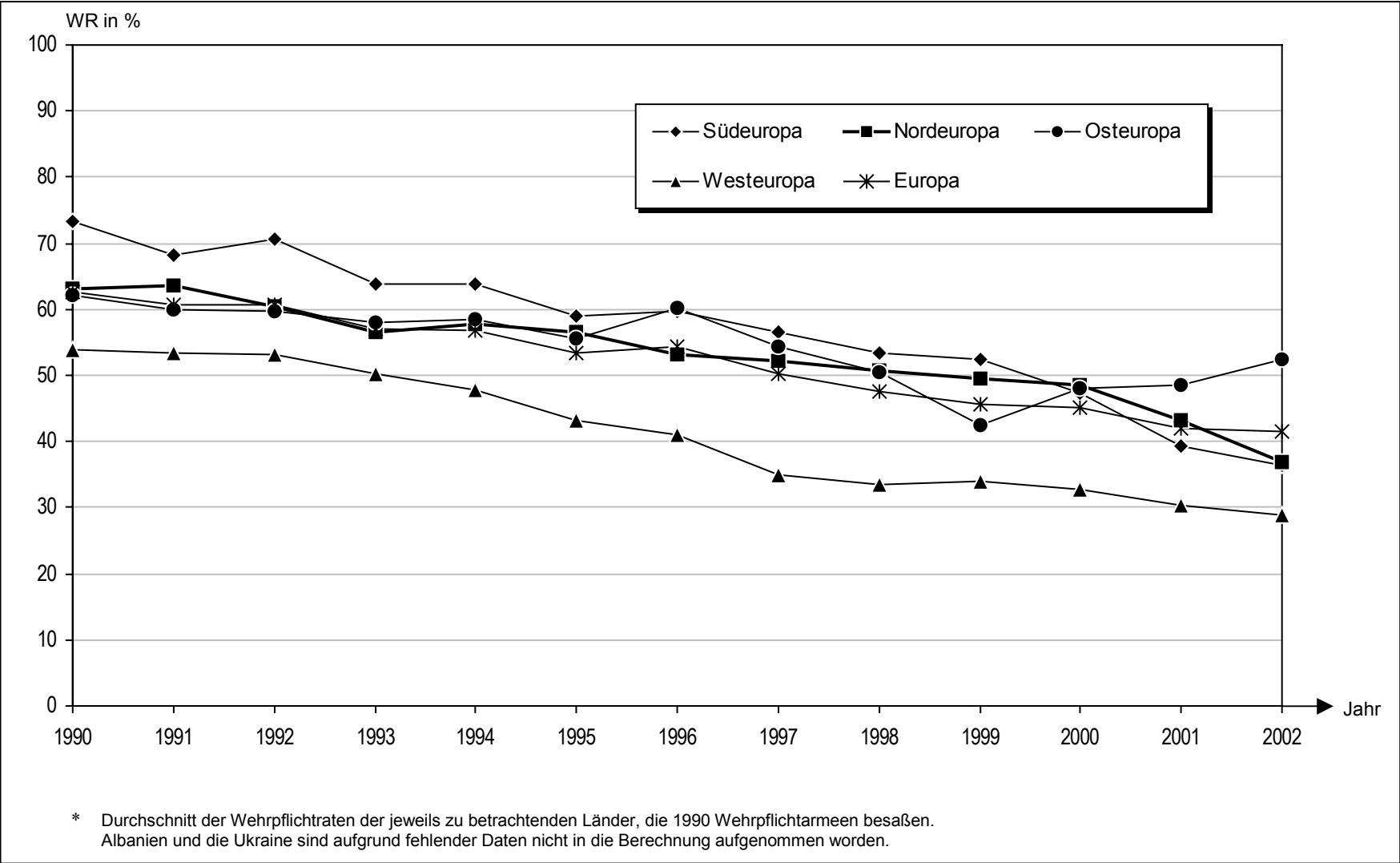
	Land	1990	2002
16.	Schweden	76,0	44,2
17.	Finnland	76,5	48,7
18.	Österreich	52,5	49,7
19.	Polen	65,2	49,7
20.	Slowenien	-	50,0
21.	Tschechien	59,5	50,6
22.	Griechenland	78,0	55,4
23.	Slowakei	-	56,9
24.	Norwegen	63,9	57,1
25.	Mazedonien	-	65,0
26.	Ungarn	53,7	68,6
27.	Bulgarien	66,7	71,6
28.	Moldawien	-	72,1
29.	Türkei	85,6	75,9
30.	Schweiz	91,9	86,7**

\* Die Wehrpflichtrate stellt den Anteil der Wehrpflichtigen an den aktiven Streitkräften dar. (Angaben in %) Großbritannien, Irland und Luxemburg besaßen bereits 1990 Freiwilligenarmeen (WR=0 %) und sind in dieser Tabelle nicht aufgeführt. Von Albanien und der Ukraine fehlen entsprechende Angaben.

\*\* Die Schweiz besitzt ein ausgeprägtes Milizsystem: 3 500 Berufssoldaten + 2-jährliche Einberufungen von insgesamt 24 110 Rekruten (für die Berechnung: jeweils 12 055) + 186 300 Wehrübende für jeweils 3 Wochen (d. h. bezogen auf ein Jahr 10 748 Wehrübende). Danach ergäben sich neben den 3 500 Berufssoldaten 22 803 Wehrdienstleistende und eine Wehrpflichtrate von 86,7 %.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Wehrpflichtraten in Nord-, West-, Süd- und Osteuropa:

Abb. 8: Entwicklung der Wehrpflichttraten (WR) 1990–2002\*



Im betrachteten Zeitraum haben sich die Wehrpflichtraten der europäischen Staaten durchschnittlich um ein Drittel reduziert. Auffällig ist das niedrige Niveau in Westeuropa und das starke Absinken der Wehrpflichtrate in Südeuropa. Diese überproportionalen Tendenzen resultieren insbesondere aus den Transformationsprozessen in Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Spanien, Portugal und Italien, – Länder, die beschlossen haben, die Wehrpflicht auszusetzen bzw. diese schon ausgesetzt haben.

Basierend auf der Wehrpflichtrate unterscheidet Karl W. Haltiner – neben den reinen Freiwilligenarmeen, zu denen inzwischen auch Belgien, Niederlande, Frankreich, Spanien und künftig ebenso Portugal und Italien gehören – drei Typen von Wehrpflichtmodellen: Die erste Gruppe bilden Streitkräfte, die ihr Personal mehrheitlich aus Freiwilligen rekrutieren, d. h. eine Wehrpflichtrate von unter 50 Prozent aufweisen. Nach Haltiner handelt es sich hierbei um „Pseudo“-Wehrpflichtarmeen. Zu einer zweiten Gruppe sind Armeen, die zur Hälfte bis zwei Dritteln aus Wehrpflichtigen bestehen, zu rechnen. Diese Streitkräfte – mit einer Wehrpflichtrate zwischen 50 und 66 Prozent – werden als „Soft-core“- Wehrpflichtstreitkräfte bezeichnet. Und die dritte Gruppe umfasst die klassischen Wehrpflichtheere, die sich überwiegend – mit mehr als zwei Dritteln – aus Wehrpflichtigen rekrutieren. Bei diesem Typus handelt es sich um sogenannte „Hard-core“-Wehrpflichtarmeen.<sup>32</sup>

---

<sup>32</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.: *Mass Armies in Western Europe*, a. a. O., S. 51; ders.: *Westeuropas Massenheere am Ende?*, a. a. O., S. 23 f.; ders.: *The Decline of the European Mass Armies*, a. a. O., S. 370 f.



Abb. 9: Entwicklungstrends 1990–2002: Wehrstrukturtypen nach Karl W. Haltiner\*

<i>Gruppe 0</i> Aufgehobene/ „ruhende“ Wehrpflicht	<i>Gruppe 1</i> Wehrpflichtanteil: < 50 %	<i>Gruppe 2</i> Wehrpflichtanteil: 50 %–66 %	<i>Gruppe 3</i> Wehrpflichtanteil: > 66 %
↓ Großbritannien Irland Luxemburg	↓ Dänemark Deutschland Estland Lettland Litauen Weißrussland Tschechien Slowakei Bulgarien Moldawien Schweden Belgien Niederlande	↓ Mazedonien Norwegen Ungarn Tschechien Slowakei Kroatien Österreich Polen Rumänien Russland Frankreich Portugal Slowenien	↓ Schweiz Türkei Griechenland Ungarn Bulgarien Moldawien Schweden Finnland Spanien Italien
↓ Freiwilligenstreit- kräfte	↓ Pseudo- Wehrpflichtstreit- kräfte	↓ „Soft-core“- Wehrpflichtstreit- kräfte	↓ „Hard-core“- Wehrpflichtstreit- kräfte

- ← Entwicklung in diese Richtung vollzogen
- ←····· Entwicklung in diese Richtung beschlossen
- ↔ Schwankungen, noch kein eindeutiger Trend erkennbar
- ↔↔ Schwankungen, gegenwärtig Entwicklung in Richtung Doppelpfeil

\* Hier ist die Darstellung von Karl W. Haltiner ergänzt und aktualisiert worden. Vgl. Haltiner, Karl W.: Europas Massenheere am Ende?, a. a. O., S. 23; ders.: The Decline of the European Mass Armies, a. a. O., S. 370 f.

Die in der Abbildung 9 skizzierte Verschiebung der Staaten von rechts nach links verdeutlicht die bereits festgestellte Entwicklung zu geringeren Wehrpflichtanteilen in den europäischen Streitkräften. Die Gruppe der „Hard-core“-Wehrpflichtstreitkräfte, aber auch die der „Soft-core“-Wehrpflichtstreitkräfte nehmen sichtbar ab. Zum erstgenannten Typus zählen gegenwärtig vor allem die Schweiz und die Türkei. Moldawien, Bulgarien und Ungarn weisen 2002 zwar auch Wehrpflichtanteile über 66 Prozent auf, bei diesen drei Ländern sind richtungsweisende Trends aber noch nicht erkennbar. An Gewicht zugenommen haben dagegen der Typus der „Pseudo“-Wehrpflicht und die Anzahl der Freiwilligenstreitkräfte in Europa. Bisher haben auch alle Staaten, die seit 1990 die Wehrpflicht ausgesetzt haben, ihre Entscheidung aus dem Status der „Pseudo“-Wehrpflicht heraus getroffen. Ebenfalls sind die sogenannten „Pseudo“-Wehrpflichtarmeen verstärkt mit dem Problem der Wehrgerechtigkeit konfrontiert. Von daher sind weitere Entwicklungen in Richtung Freiwilligenarmee insbesondere aus dieser Gruppe zu erwarten.

### 3.4 Kürzere Wehrdienstzeiten

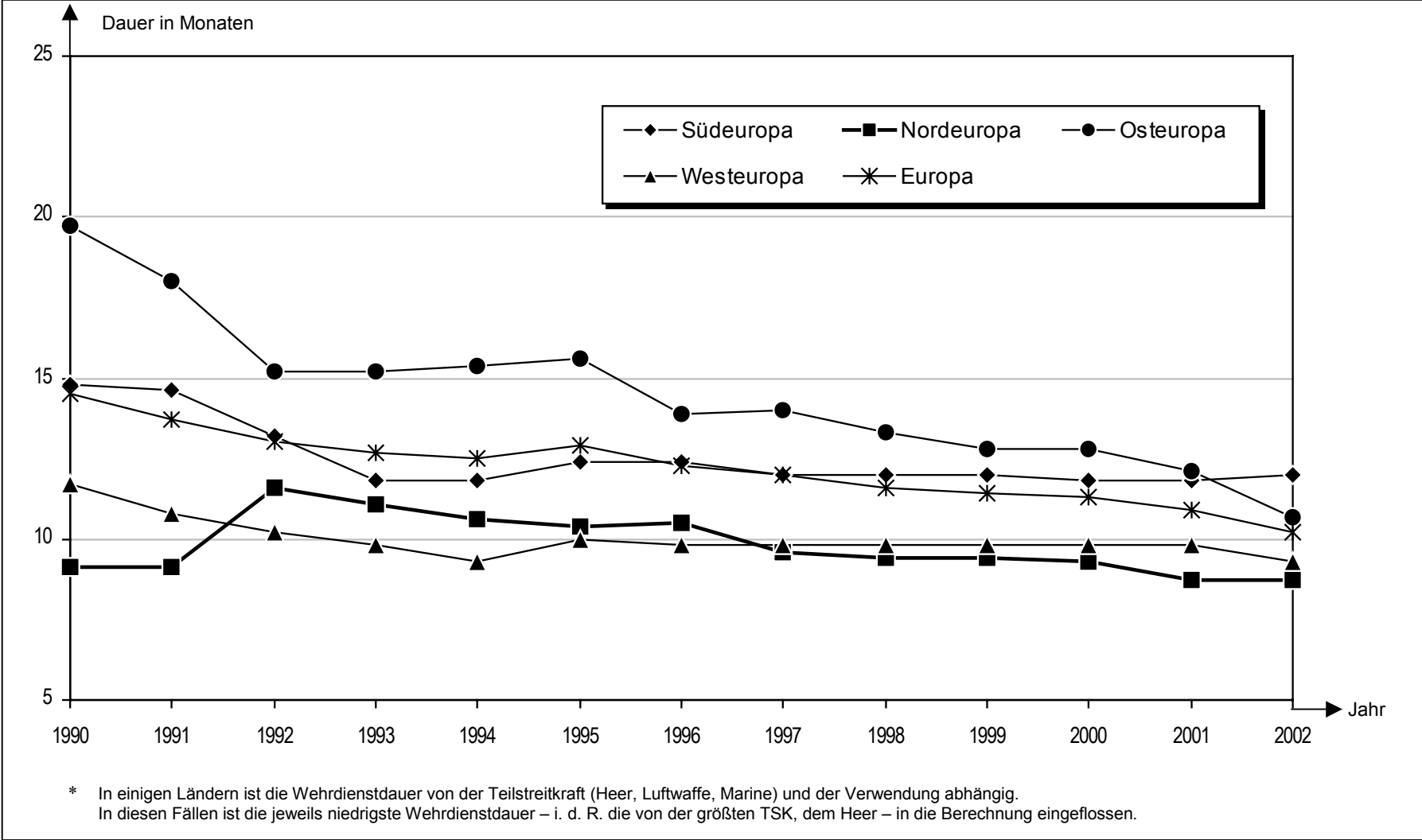
Neben der Verringerung der Wehrpflichttrate hat sich in den letzten zehn Jahren auch die Dauer des Wehrdienstes weitaus stärker als in den Jahrzehnten zuvor<sup>33</sup> reduziert:

---

<sup>33</sup> Die durchschnittliche europäische Wehrdienstdauer lag 1970 bei 17 Monaten, 1980 bei 16 Monaten, 1990 bei 14,5 Monaten und 2002 nur bei 10 Monaten.



Abb. 10: Entwicklung der Wehrdienstdauer 1990–2002\*



Lag die Wehrdienstdauer 1990 in Europa noch durchschnittlich bei 14 ½ Monaten, hat sie sich bis 2002 um ein Drittel auf 10 Monate verringert. Die stärkste Entwicklung vollzog sich in Osteuropa. Hier reduzierte sich die Dauer des Wehrdienstes sogar um fast die Hälfte, von durchschnittlich 20 auf 11 Monate. Die in Abbildung 8 erkennbare kurzzeitige gegenläufige Entwicklung 2002 in Nordeuropa ergibt sich lediglich aus den höheren Wehrdienstzeiten der Baltischen Staaten, die zu diesem Zeitpunkt erst in die Wertung aufgenommen wurden. D. h. es gibt kein europäisches Land, das seine Wehrdienstdauer seit dem Ende des Kalten Krieges ausgedehnt hat; – im Gegenteil, fast alle Staaten haben sie verringert.

Setzt sich dieser Trend weiterhin fort, kann die Existenz von Wehrpflichtstreitkräften gefährdet werden. Kürzere Wehrdienstzeiten können zwar die Wehrgerechtigkeit regulieren, fällt die Wehrdienstdauer aber unterhalb einer bestimmten Grenze, ist die militärische Effektivität nicht mehr gegeben.

### 3.5 Weitere Wehrstrukturentwicklungen

Weitere Wehrstrukturentwicklungen seit 1990 wie sinkende Militärpartizipationsraten<sup>34</sup>, der Trend zum selektiven Einbezug von Wehrpflichtigenkohorten sowie steigende Frauenanteile in den Streitkräften<sup>35</sup> sind in erster Linie eine Folge sinkender Wehrpflichtraten. Bei kleiner werdenden Streitkräften und sich verringern den Wehrpflichtraten muss das Reservepotenzial und damit auch der allgemeine Militarisierungsgrad der Bevölkerung sinken.

Ähnlich verhält es sich mit dem Trend zum selektiven Einbezug von Wehrpflichtigenkohorten. Stark reduzierte Streitkräfteumfänge und gleichzeitig verringerte Wehrpflichtanteile müssen zwangsweise zur Selektivität führen. Das betrifft insbesondere die Staaten mit geringen Wehrpflichtraten, die sogenannten „Pseudo“-Wehrpflichtarmeen. Karl W. Haltiner wies für die westeuropäischen Staaten nach, dass Anfang der 90er Jahre noch jeder zweite 18- bis 32-jährige männliche Bürger damit rechnen musste, ins Militär eingezogen zu werden. Inzwischen sei es nur noch jeder Dritte.<sup>36</sup> Mit der selektiven Auswahl verbunden ist das Problem der Wehrgerechtig-

<sup>34</sup> Die Militärpartizipationsrate gibt den allgemeinen Militarisierungsgrad der Bevölkerung an. Sie definiert sich als der prozentuale Anteil der Streitkräfte (aktiv + Reservisten) an der Gesamtbevölkerung.

<sup>35</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.: *The Definite End of the Mass Army*, a. a. O.; vgl. auch Fußn. 4.

<sup>36</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.: *Mass Armies in Western Europe*, a. a. O., S. 50; ders.: *Westeuropäische Massenheere am Ende?*, a. a. O., S. 24; ders.: *The Decline of the European Mass Armies*, a. a. O., S. 372 f.

keit. Auch wenn – wie in Deutschland – versucht wird, diese Entwicklung durch einen ausgebauten Zivildienst, eine Reihe von Wehrdienstausnahmen und einen hohen Anteil von Wehrdienstuntauglichen abzufangen, bleibt doch die Frage nach der Dienstgerechtigkeit bestehen. Und diese Diskussionen können den gesellschaftlichen und politischen Druck zur Abschaffung der Wehrpflicht erhöhen.

Frauen in den Streitkräften sind einerseits ein Zeichen der gesellschaftlichen Emanzipation. Hier spielen Aspekte wie Gleichberechtigung, gewandelte soziale Geschlechterrollen und die veränderte Stellung der Frau im Erwerbsleben eine Rolle. Andererseits weisen steigende Frauenanteile – da Frauen in Europa nicht der Wehrpflicht unterliegen – auf höhere Freiwilligenanteile in den Streitkräften hin. Insbesondere öffnen sich Streitkräfte für Frauen, wenn sich das militärische Personal nicht mehr in der benötigten Quantität und Qualität auf dem Arbeitsmarkt rekrutieren lässt. Die höchsten Frauenanteile sind in Freiwilligenstreitkräften zu verzeichnen, beispielsweise in Großbritannien und Belgien mit jeweils 8,2 Prozent, in den Niederlanden mit 8,4 Prozent oder in Frankreich mit 9,4 Prozent.<sup>37</sup> So werden tendenziell Streitkräfte mit zunehmender Professionalisierung femininer.<sup>38</sup> Haltiner geht noch einen Schritt weiter: „It seems that the further existence of compulsory personnel for the military is the largest obstacle to an increase of the Women Military Participation Ratio.“<sup>39</sup> Vor dem Hintergrund der Wehrgerechtigkeit entfacht diese Entwicklung in Wehrpflichtstreitkräften zugleich aber auch Diskussionen um eine mögliche Wehrpflicht für Frauen bzw. steht in der Gegenposition die allgemeine Wehrpflicht im Ganzen zur Disposition.

---

<sup>37</sup> Vgl. IISS: *The Military Balance 2002–2003*, London 2002; Kümmel, Gerhard: Die „Feminisierung“ der Streitkräfte: Jüngere Entwicklungen und Überlegungen zu einem Forschungsprogramm, in: Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.): *Europas Armeen im Umbruch*, a. a. O., S. 236 f.

<sup>38</sup> Vgl. ebenda; Haltiner, Karl W.; Klein, Paul: *Europas Streitkräfte im Umbruch*, a. a. O., S. 16.

<sup>39</sup> Haltiner, Karl W.: *The Decline of the European Mass Armies*, a. a. O., S. 383.

## 4 Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen

### 4.1 Demokratisierungsgrad

Folgend ist zu untersuchen, inwieweit auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie politische, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte Einfluss auf die nationalen Wehrsysteme ausüben können. Mit den gesellschaftlichen Umbrüchen von 1989/90 hat in Osteuropa, vor allem in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten, eine Demokratisierungswelle eingesetzt. In diesem Kontext ist zu fragen, ob statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen dem Demokratisierungsgrad eines Landes und den nationalen Rekrutierungssystemen existieren.

In der Literatur finden sich insbesondere drei häufig verwendete Ansätze zur quantitativen Demokratie-messung: der Freiheitsindex von Freedom House<sup>40</sup>, der Demokratieindex von Gurr, Jagers und Marshall<sup>41</sup> sowie der Demokratieindex von Vanhanen<sup>42</sup>. Alle drei Messungen zeichnen sich durch ihre große Fallzahl und ihre langen Messzeiträume aus, unterscheiden sich aber in ihrem Messkonstrukt und der Operationalisierung.<sup>43</sup> Da die Länder bei von Vanhanen nur dekadeweise eingestuft werden und die letzten Daten von 1994 stammen<sup>44</sup>, dienen hier als Datenbasis die Messungen von Gurr, Jagers und Marshall von 2000 sowie die von Freedom House aus den Jahren 1999–2000.

Der Demokratieindex von Gurr, Jagers und Marshall beruht auf fünf Variablen: dem Wettbewerbsgrad der politischen Beteiligung, dem Wettbewerbsgrad der Besetzung politischer Ämter, der Zugänglichkeit von Regierungsämtern, dem Ausmaß an Machtbeschränkung der Exekutive und der Regulierung der politischen Partizipation. Der Demokratieindex reicht von –10 (hohe Autokratie) bis +10 (hohe Demokratie). Dabei gelten Länder mit den Indexwerten –10 bis –7 und +7 bis +10 als kohärente Autokratien bzw. Demokratien. Die Demokratie-messung basiert auf qualitativen Daten in Form von Länderberichten, die nachträglich quantifiziert werden.

<sup>40</sup> Freedom House (Hrsg.): Annual Survey of Freedom Country Scores 1972–73 to 1999–00, in: <http://www.freedomhouse.org/ratings>, Stand: 20.02.2003.

<sup>41</sup> Gurr, Ted Robert; Jagers, Keith; Marshall, Monty G., hrsg. vom Center for International Development and Conflict Management at the University of Maryland: Polity IV Country Report 2000, in: <http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity/report.htm>, Stand: 20.02.2003.

<sup>42</sup> Vanhanen, Tatu: Prospects of democracy: a study of 172 countries, London 1997.

<sup>43</sup> Vgl. Gaber, Rusanna: Demokratie in quantitativen Indizes: Ein mehr- oder eindimensionales Phänomen?, in: Lauth, Hans-Joachim; Pickel, Gert; Welzel, Christian (Hrsg.): Demokratie-messung, Wiesbaden 2000, S. 113.

<sup>44</sup> Vanhanen nimmt als Indikator für das Ausmaß an politischer Partizipation die faktische Wahlbeteiligung und als Indikator für das Ausmaß an öffentlichem Wettbewerb den prozentualen Anteil der Stimmen, der nicht auf die stärkste Partei fällt.

Bei dem Index von Freedom House handelt es sich im engeren Sinne um einen Freiheitsindex, der das Ausmaß individueller Freiheiten misst, mit seinen Skalen aber der Definition liberaler Demokratien entspricht bzw. sogar noch darüber hinausgeht. Grundkriterien sind politische Rechte<sup>45</sup> und zivile Freiheiten<sup>46</sup>. Die Skala reicht von 1 bis 7: Länder zwischen 1,0 und 2,5 gelten als „frei“, zwischen 3,0 und 5,5 als „halbfrei“ und Länder zwischen 5,5 und 7,0 als „unfrei“. Auch hier werden die gewonnenen qualitativen Daten nachträglich quantifiziert. Es zeigt sich, dass die Indikatorenwahl bei Freedom House alle von Gurr, Jagers und Marshall genannten Grundprinzipien von Demokratie abdeckt. Die Messergebnisse dieser beiden Indizes weisen für die hier betrachteten europäischen Staaten auch weitgehende Übereinstimmungen auf. Rusanna Gaber erklärt dieses Phänomen mit der Ganzheitlichkeit bzw. der Eindimensionalität von Demokratie.<sup>47</sup> Der Freedom House-Index berücksichtigt aber im Gegensatz zu den beiden anderen Demokratie-messungen stärker die individuellen Freiheitsrechte, die neben den politischen Beteiligungsrechten zu den zentralen liberalen Demokratieprinzipien zählen. Von daher beziehen sich die folgenden Ausführungen auf den letztgenannten Index.

Im Zuge der Demokratisierungswelle Anfang der 1990er Jahre habe – so Gaber – eine zunehmende Hybridisierung eingesetzt, d. h. die Anzahl der Staaten, die sich weder dem Typ der liberalen Demokratien noch dem reiner Autokratien zuordnen lassen, sei gewachsen.<sup>48</sup> Für Europa zeigt sich dagegen, dass die meisten osteuropäischen Staaten den Wechsel von der Autokratie zur Demokratie geschafft haben. Von den hier betrachteten 35 europäischen Staaten ist Weißrussland nach beiden Indizes noch das einzige Land mit einer Autokratie<sup>49</sup> bzw. das nicht frei<sup>50</sup> ist. Nach dem Freedom House-Index von 1999–00 gehören zu den sogenannten hybriden Systemen die Türkei sowie die osteuropäischen Staaten Albanien, Kroatien, Mazedonien, Russland und die Ukraine.

<sup>45</sup> Kriterien: (1) die Wahl des politischen Führungspersonals, (2) die Art der Durchführung der Wahlen, (3) die Existenz fairer Wahlgesetze, (4) die Effektivität von Wahlen, (5) das Recht, politische Organisationen zu bilden und sich um ein politisches Mandat zu bewerben, (6) den faktischen Einfluss der Opposition auf politische Entscheidungen, (7) die Volkssouveränität nach innen und außen, (8) Minderheitenschutz. Vgl. <http://www.freedomhouse.org/research/freeworld/2000/methodology2.htm>, Stand: 20.02.2003.

<sup>46</sup> Kriterien: (1) Pressefreiheit, (2) Religionsfreiheit, (3) Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, (4) Organisationsfreiheit für politische und quasi-politische Organisationen, (5) freie Gewerkschaften, freie Berufsverbände und private Organisationen, (6) Rechtsstaatlichkeit, (7) Gleichheit vor dem Gesetz, zivile Kontrolle der Polizei, (8) Schutz vor politischem Terror, ungerechter Inhaftierung, Exil und Folter, (9) Freiheit vor extremer Korruption und Indifferenz der Regierung, (10) Meinungsfreiheit, (11) persönliche Autonomie: Reisefreiheit, freie Wohnortwahl, freie Arbeitswahl, (12) Recht auf Eigentum, freies Gewerbe, (13) persönliche Freiheiten, einschließlich Gleichbehandlung der Geschlechter, freie Wahl des Ehepartners und freie Familienplanung. Vgl. <http://www.freedomhouse.org/research/freeworld/2000/methodology2.htm>, Stand: 20.02.2003.

<sup>47</sup> Vgl. Gaber, Rusanna: Demokratie in quantitativen Indizes, a. a. O., S. 123, 129.

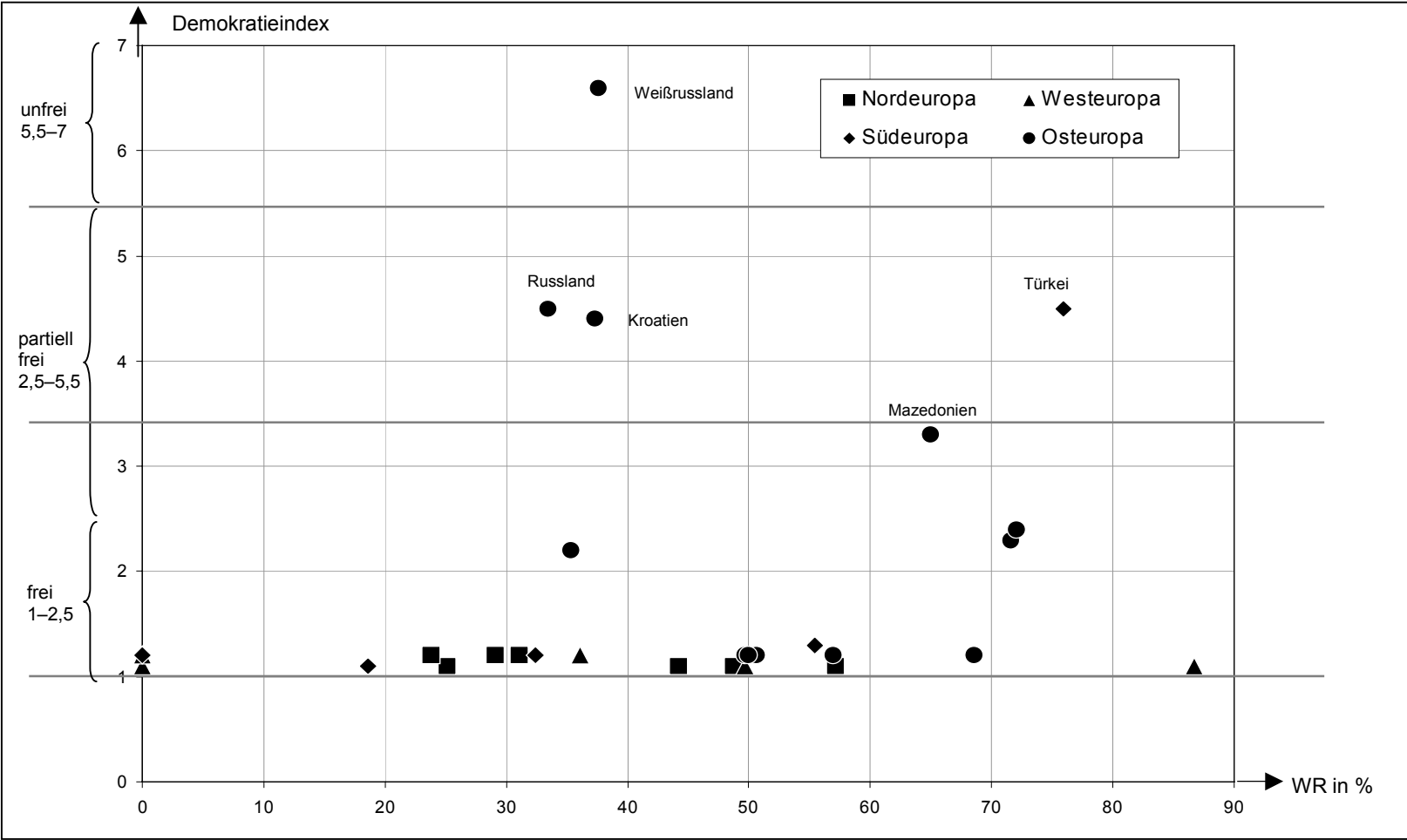
<sup>48</sup> Vgl. ebenda, S. 129.

<sup>49</sup> Demokratieindex nach Gurr, Jagers und Marshall: -7.

<sup>50</sup> Freiheitsindex nach Freedom House: 6,6.



Abb. 11: Zusammenhang zwischen der nationalen Wehrpflichtrate (2002) und dem Demokratisierungsgrad eines Landes (Freedom House-Index 1999–00)



Die Ausgangsfrage, ob ein Zusammenhang zwischen dem Demokratisierungsgrad eines Landes und dem nationalen Rekrutierungssystem existiert, ist aus empirischer Sicht zu verneinen. Sowohl nach dem Freedom House-Index (siehe Abbildung 11) als auch nach dem Demokratieindex nach Gurr, Jagers und Marshall sind keine diesbezüglichen statistisch signifikanten Korrelationen festzustellen. Empirisch lässt sich aus diesem Befund die These von der Indifferenz zwischen Wehrform und Staatsform aufstellen. Inwieweit es jedoch Verbindungen zwischen den einzelnen Demokratietypen und Wehrsystemen gibt, ist an anderer Stelle zu prüfen.

Allerdings lassen sich bei den hier betrachteten Wehrpflichtländern Zusammenhänge zwischen den Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes und dem Demokratieindex eines Landes feststellen. So neigen Staaten mit geringeren Demokratisierungsgraden tendenziell dazu, über keine oder nur stark restriktive Zivildienstregelungen zu verfügen. (Abbildung 12) Dieses Ergebnis war zu erwarten, lassen sich die Möglichkeiten des Zivildienstes bei einer allgemeinen Wehrpflicht letztlich zu den individuellen Freiheitsrechten und damit auch zu den zentralen liberalen Demokratieprinzipien zählen.

Abb. 12: Zusammenhang zwischen Möglichkeiten des Zivildienstes und Demokratisierungsgrad eines Landes

Demokrati- egrad Zivildienst	freie Staaten (1,0–2,5)	partiell freie Staaten (3,0–5,5)	unfreie Staaten (5,5–7,0)
keine oder geringe Restriktionen (1–2)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Dänemark</li> <li>• Deutschland</li> <li>• Estland* (Richtg. ↓)</li> <li>• Italien</li> <li>• Norwegen</li> <li>• Schweden</li> <li>• Slowenien</li> </ul>		
Restriktionen (3–5)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bulgarien</li> <li>• Finnland</li> <li>• Griechenland</li> <li>• Litauen</li> <li>• Moldawien</li> <li>• Österreich</li> <li>• Polen</li> <li>• Portugal</li> <li>• Rumänien</li> <li>• Schweiz</li> <li>• Slowakei</li> <li>• Tschechien</li> <li>• Ungarn</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ukraine</li> <li>• Kroatien* (Richtg. ↓)</li> </ul>	
kein Zivildienst (6–7)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lettland (KDV ja, z. Zt. keinen Zivildienst)* (Richtg. ↑)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Albanien</li> <li>• Mazedonien</li> <li>• Russland (KDV ja, aber keine entspr. Gesetze)</li> <li>• Türkei</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Weißrussland</li> </ul>

Eigene Abbildung auf der Basis des Freedom House-Index (Demokratiegrad) und der Quantifizierung der Daten aus dem Bundesamt für den Zivildienst (Hrsg.): Daten und Fakten zur Entwicklung von Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst, Köln 2002, S. 16 ff. mit folgenden Stufen der Restriktion: 1 = Zivildienst, gleiche Dauer wie Wehrdienst; 2 = Zivildienst, weniger als 20 % länger als der Wehrdienst; 3 = Zivildienst, aber 20–49 % länger als der Wehrdienst; 4 = Zivildienst, aber 50–99 % länger als der Wehrdienst; 5 = Zivildienst, aber mind. doppelt so lange wie der Wehrdienst; 6 = kein Zivildienst, nur Wehrdienst ohne Waffen; 7 = kein Zivildienst.

\* Bei diesen Ländern weisen andere Quellen differierende Angaben auf.

#### 4.2 Allgemeine Steigerung des Entwicklungsstandes in den europäischen Staaten

Des Weiteren ist zu fragen, ob ein Zusammenhang zwischen dem Lebensstandard eines Landes und dem nationalen Rekrutierungssystem existiert. Als Indikator für den Entwicklungsstand eines Landes bzw. den Lebensstandard wird im Gegensatz zur Studie von Karl W. Haltiner nicht das Bruttoinlandsprodukt, sondern der Human Development Index (HDI) herangezogen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zeigt nur das durchschnittliche nationale Einkommen an. Es sagt aber nichts darüber aus, wie dieses Einkommen verteilt wird. Der HDI dagegen umfasst die Lebenserwartung bei Geburt, den Alphabetisierungsgrad unter Erwachsenen und die reale Kaufkraft pro Kopf. Damit berücksichtigt der Human Development Index auch soziale Komponenten bei der Beurteilung der Lebensqualität in einem Land.

Länder in Nordeuropa – mit Ausnahme der Baltischen Staaten – sowie in Westeuropa weisen nach dem HDI die höchsten Lebensstandards auf. Deutlich geringere Werte sind in Südeuropa zu verzeichnen. Die niedrigsten Entwicklungsniveaus lassen sich in den osteuropäischen Staaten finden. So stehen – bezogen auf den HDI – Norwegen und Schweden an der Spitze, Moldawien und die Türkei am Ende der hier betrachteten Staaten.

Lässt sich nun ein Zusammenhang zwischen den nationalen Wehrsystemen und dem Lebensstandard eines Landes feststellen? Karl W. Haltiner ging in seiner Studie über die westeuropäischen Länder<sup>51</sup> dieser Fragestellung nach mit der Hypothese, dass Wehrpflichtarmeen eher eine Rekrutierungsform armer Staaten, Freiwilligenstreitkräfte dagegen stärker in reicheren Ländern anzutreffen seien. Er stellt aber – die Schweiz als das Land mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und gleichzeitig der höchsten Wehrpflichtrate in Europa schon aus der Betrachtung herausgenommen – für die westeuropäischen Länder nur einen geringfügigen statistisch signifikanten Zusammenhang ( $r^2 = 0,1725$ )<sup>52</sup> fest, der – die Schweiz mit eingerechnet – sogar gänzlich entfallen würde.

Welche Korrelationen lassen sich nun für Gesamteuropa eruieren? Basierend auf dem Human Development Index<sup>53</sup> stellt sich ein Zusammenhang zwischen Rekrutierungssystem und Lebensstandard eines Landes dar, der von den Ergebnissen der Studie von Haltiner für die westeuropä-

<sup>51</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.: *The Definite End of the Mass Army*, a. a. O., S. 26 f.; ders.: *Die Wehrpflicht vor dem Aus?*, a. a. O., S. 14.

<sup>52</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.: *The Decline of the European Mass Armies*, a. a. O., S. 377, 379; ders.: *Die Wehrpflicht vor dem Aus?*, a. a. O.

<sup>53</sup> Vgl. [www.hdr.undp.org/reports/global/2002/en/indicator/indicator.cfm?File=index.html](http://www.hdr.undp.org/reports/global/2002/en/indicator/indicator.cfm?File=index.html), Stand: 22.01.2003.

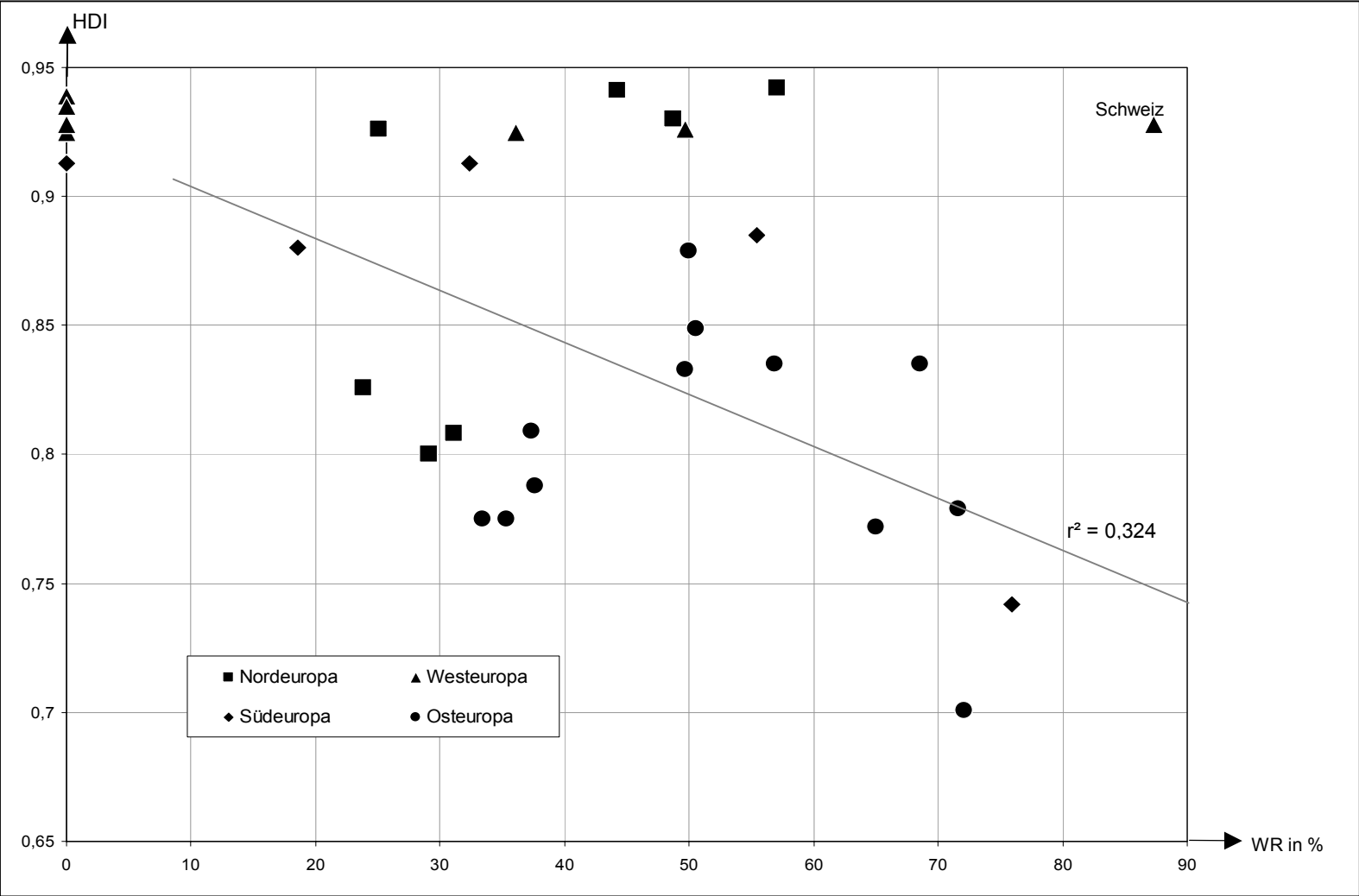
schen Länder abweicht. Für Gesamteuropa<sup>54</sup> besteht – auch inklusive der Schweiz – ein statistisch signifikanter Zusammenhang ( $r^2 = 0,220$  bei einem Signifikanzniveau von 0,006). Lässt man die Schweiz als Sonderfall aus der Berechnung heraus, erhöht sich der Wert auf  $r^2 = 0,324$  (bei einem Signifikanzniveau von 0,001), womit er deutlich höher ausfällt als Haltiners Ergebnisse über den Zusammenhang zwischen Wehrpflichtrate und Bruttoinlandsprodukt pro Kopf.<sup>55</sup>

---

<sup>54</sup> Grundlage sind die hier betrachteten 35 europäischen Staaten. Da entsprechende statistische Angaben für Albanien und die Ukraine fehlen, gehen diese beiden Länder nicht in die Berechnung ein.

<sup>55</sup> Es zeigt sich auch für Gesamteuropa, dass – parallel zu Haltiners Studie – die Korrelation zwischen Wehrpflichtrate und Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Vergleich zum Human Development Index deutlich geringer ausfallen und inklusive der Schweiz sogar gänzlich entfallen würde.

Abb. 13: Zusammenhang zwischen der nationalen Wehrpflichtrate (WR) und dem Human Development Index (HDI) in Europa (ohne die Schweiz) für das Jahr 2002



Auffällig ist, dass alle Staaten mit Freiwilligenarmeen über sehr hohe HDI-Werte verfügen. In diese Richtung weist auch das Beispiel Slowenien. Im Jahr 2000 hat die dortige Regierung beschlossen, die Wehrpflicht bis 2004 auszusetzen.<sup>56</sup> Slowenien wäre dann das erste osteuropäische Land ohne Wehrpflicht. Noch stützt sich Slowenien auf eine relativ hohe Wehrpflichttrate von 50 Prozent<sup>57</sup>, weist aber unter den hier betrachteten fünfzehn osteuropäischen Staaten den höchsten HDI (0,879) auf. Des Weiteren wäre in diesem Zusammenhang Tschechien zu nennen. Tschechien hat den zweithöchsten HDI in Osteuropa. 2002 lag die Wehrpflichttrate noch bei 50,6 Prozent, erwogen wird aber auch hier, die Wehrpflicht bis 2007<sup>58</sup> bzw. 2010<sup>59</sup> auszusetzen.

### 4.3 Gesellschaftlicher Wertewandel

In den modernen Gesellschaften Europas ist ein gewisses Paradoxon zu beobachten: Einerseits stoßen die Streitkräfte dort in der Regel auf Akzeptanz und Ansehen in der Bevölkerung. Andererseits nimmt die „ja, aber ohne mich-Haltung“ in allen gesellschaftlichen Kreisen zu; die persönliche Bereitschaft zur Wehrpflicht erodiert.<sup>60</sup>

Die Ursachen für diese Divergenz sind vielfältig. Ein Faktor stellt der gesellschaftliche Wertewandel dar, ein gesamtgesellschaftliches Phänomen aller fortgeschrittenen industriellen Gesellschaften, der insbesondere auch die Streitkräfte trifft. Hervorgerufen wird er durch sozialstrukturelle und soziokulturelle Veränderungen der Gesellschaften. Mehr Lebenszeit, weniger Erwerbszeit und höhere Arbeitseinkommen haben zu einer Entfaltung der Lebenschancen und zu einem Umbruch im Verhältnis von Arbeit und Freizeit geführt.<sup>61</sup> Damit einher geht ein Wandel von Werten und Verhaltensweisen. So ist in diesem Zusammenhang ein Trend weg von materialistischen hin zu postmaterialistischen Einstellungen zu verzeichnen. Es kommt zu einer Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile.<sup>62</sup> Elmar Wiesendahl macht diesen Wandel in prä-

<sup>56</sup> Vgl. Jelušič, Ljubica: Vom bewaffneten Volk bis zur Berufsarmee: Das Entstehen und die Umbildung der Streitkräfte Sloweniens, in: Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.): Europas Armeen im Umbruch, Baden-Baden 2002, S. 228; IISS: The Military Balance 2002–2003, London 2002, S. 79.

<sup>57</sup> Wehrpflichttrate von 2002.

<sup>58</sup> Vgl. Vlachova, Marie: Langsam, aber kontinuierlich. Die Integration von Frauen in die Tschechischen Streitkräfte, in: Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.): Europas Armeen im Umbruch, Baden-Baden 2002, S. 268.

<sup>59</sup> Vgl. Giessmann, Hans-Joachim: Czech Republic, in: ders.; Gusternau, Gustav E. (Hrsg.): Security Handbook 2001. Security and Military in Central and Eastern Europe, Baden-Baden 2001, S. 207.

<sup>60</sup> Vgl. Haltiner, Karl W.; Klein, Paul: Europas Streitkräfte im Umbruch, a. a. O., S. 20 f.

<sup>61</sup> Vgl. Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Sonderausgabe, Frankfurt a. M. 1996, S. 124 ff.; Haltiner, Karl W.: Zur militärischen Identität westeuropäischer Gesellschaften, Manuskript, o. O. 1990.

<sup>62</sup> Vgl. Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt a. M. – New York 1989.

nanter Weise deutlich. Er stellt die materialistische und postmaterialistische Wertekultur den militärischen Verhaltensweisen gegenüber. An die Stelle herkömmlicher Tugenden wie Anpassung und Ordnung, Disziplin und Pflichtbewusstsein treten Autonomie, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung.<sup>63</sup>

Für die Streitkräfte bedeutet dies, dass die sogenannten militärraffinen Tugenden wie Unterordnung, Gehorsam, Disziplin, Opferbereitschaft sowie Kameradschaft in der Gesellschaft an Bedeutung verlieren und jene Werte, die für den Wandel stehen, im militärischen Bereich nicht zu erfüllen sind. So verstärkt diese zunehmende Diskrepanz zwischen der zivilen Wertelogik utilitaristischer Sinngebung und dem altruistischen Militärethos in modernen Gesellschaften die zivil-militärische Inkompatibilität.<sup>64</sup>

## 5 Fazit

Empirisch lassen sich wesentliche Ergebnisse von Karl W. Haltiners Studie über die westeuropäischen NATO- und Nicht-NATO-Staaten auf die hier betrachteten 35 europäischen Staaten übertragen. Auch im Blick auf Gesamteuropa kann man vom Ende der Massenheere sprechen und sind Trends zur Abschaffung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht erkennbar. Ebenfalls gilt: „The structural dimension mass army versus non-mass army is not identical with the dimension volunteer- versus conscript system.“<sup>65</sup> So haben die sicherheits- und verteidigungspolitischen Veränderungen seit 1989 zu zwei wesentlichen – untereinander statistisch unabhängigen – Entwicklungslinien geführt: Zum einen ist in Europa eine Entwicklung zu deutlich kleineren Streitkräften und geringeren Anteilen der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt erkennbar. Insbesondere Osteuropa führte drastische Reduzierungen durch: So verringerten sich dort die Streitkräfteumfänge seit 1989 um zwei Drittel und die Militärausgaben sogar um 85 Prozent.

<sup>63</sup> Vgl. Wiesendahl, Elmar: Wertewandel und motivationale Kriegsunfähigkeit von Streitkräften, in: S+F. Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, 1/1990, S. 28.

<sup>64</sup> Wolfgang R. Vogt spricht in diesem Zusammenhang von der sozio-kulturellen Inkompatibilität zwischen Militär und Gesellschaft. Vgl. Vogt, Wolfgang R.: Zivil-militärische Konflikte in der Demokratie – Eine soziologische Konzeptualisierung des „Theorems der Inkompatibilität“, in: Schulz, Karl-Ernst (Hrsg.): Streitkräfte im gesellschaftlichen Wandel, Bonn 1980, S. 61f.

Vgl. zu diesem Abschnitt u. a. auch Micewski, Edwin R.: Streitkräfte und gesellschaftlicher Wertewandel, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 3/1995, S. 251 ff.; Kümmel, Gerhard; Klein, Paul; Lohmann, Klaus: Zwischen Differenz und Gleichheit: Die Öffnung der Bundeswehr für Frauen, Strausberg 2000, S. 44 ff.; Bredow, Wilfried von: Die Streitkräfte im postmodernen Zwielficht, in: Kümmel, Gerhard; Collmer, Sabine (Hrsg.): Europäische Streitkräfte in der Postmoderne, Baden-Baden 2002, S. 19 ff.

<sup>65</sup> Haltiner, Karl W.: The Decline of the European Mass Armies, a. a. O., S. 383.



Zum anderen wurde in den europäischen Staaten die Wehrpflichttrate – durch einen zunehmend selektiven Einbezug von Wehrdienstleistenden und geringere Wehrdienstzeiten – um durchschnittlich ein Drittel reduziert. Sinkende Wehrpflichtraten durch einen selektiven Einbezug von Wehrdienstleistenden schaffen bzw. verstärken das Problem der Wehrungerechtigkeit. Davon sind insbesondere Länder mit sogenannten „Pseudo-Wehrpflichtstreitkräften“, d. h. deren Wehrpflichtraten bereits unter 50 Prozent liegen, betroffen. So sind bei fortsetzendem Trend insbesondere aus dieser Gruppe Veränderungen im Rekrutierungssystem zu erwarten. Gleichzeitig haben sich in allen europäischen Ländern die Wehrdienstzeiten verringert. Die größten Reduzierungen erfolgten in Osteuropa. Setzt sich diese Tendenz in Europa weiterhin fort, kann sie – wenn die Wehrdienstdauer unterhalb der militärischen Effizienzgrenze fällt – die Wehrpflicht zunehmend gefährden.

Empirisch ist das Absinken der Wehrpflichttrate in Europa aber nicht nur aus den sicherheits- und verteidigungspolitischen Umbrüchen von 1989/90 zu erklären, dieser Trend wird noch durch den Anstieg der Lebensstandards – verbunden mit einer Veränderung der Wertestrukturen, dem sogenannten gesellschaftlichen Wertewandel – verstärkt. In diesem Punkt ergeben sich zwischen der empirischen Studie von Karl W. Haltiner und der hier vorliegenden Untersuchung Unterschiede: Während Haltiner nur einen schwach ausgeprägten Zusammenhang zwischen der Wehrpflichttrate und dem Lebensstandard eines Landes feststellt, der ohne die Schweiz gänzlich entfallen würde<sup>66</sup>, konnte hier für Gesamteuropa ein statistisch signifikanter Zusammenhang ( $r^2 = 0,220$ ) ermittelt werden, der sich ohne die Schweiz noch erhöht ( $r^2 = 0,324$ ). Damit erklärt er immerhin ein Drittel der Varianz. Dabei gehen die Unterschiede in den Ergebnissen nicht auf die Ausweitung der hier betrachteten Länder zurück, sondern auf die Wahl der Variablen. Als Indikator für den Lebensstandard eines Landes wurde in dieser Untersuchung nicht das Bruttoinlandsprodukt, sondern der Human Development Index gewählt, da er aufgrund seiner Einbeziehung sozialer Komponenten in höherem Maße die Lebensqualität eines Landes wiedergibt. Das hier vorliegende Ergebnis verstärkt so empirisch die von Militärsoziologen schon in den 70er Jahren geäußerte Hypothese, wonach – zugespitzt formuliert – Wehrpflichtarmeen die Rekrutierungsform armer Staaten und Freiwilligenstreitkräfte eher die Rekrutierungsform reicher Staaten seien.<sup>67</sup>

<sup>66</sup> Vgl. ebenda, S. 377, 383; ders.: Die Wehrpflicht vor dem Aus?, a. a. O.

<sup>67</sup> Vgl. Janowitz, Morris: The Decline of the Mass Army, in: *Military Review*, February 1972, S. 10 ff.; IISS (Hrsg.): *Force in Modern Societies. The Military Profession*, Adelphi Paper No. 103, London 1973, S. 11 ff.; Doorn, Jacques van: The Decline of the Mass Army in the West. General Reflections, in: *Armed Forces & Society*, 1/1975, S. 147 ff.; Martin, Michel L.: Conscription and the Decline of the Mass Army in France, 1960–1975, in: *Armed Forces & Society*, 3/1977, S. 355 ff.; Kelleher, Catherine McArdle: Mass Armies in the 1970s. The Debate in Western Europe, in: *Armed Forces & Society*, 5/1978, S. 3 ff.

Abschließend kann der hier festgestellte Trend zu Freiwilligenarmeen als ein Resultat der sicherheits- und verteidigungspolitischen Veränderungen seit 1989 gewertet werden, der durch entsprechende sozioökonomische und soziokulturelle Entwicklungen noch verstärkt wird. Insbesondere in den direkt von der Blockkonfrontation betroffenen Staaten ergaben sich weitreichende Wehrstrukturentwicklungen.<sup>68</sup> So haben bereits etliche NATO-Staaten in West- und Südeuropa den Schritt zu Freiwilligenarmeen unternommen. In Osteuropa erweisen sich die Veränderungen in den Wehrstrukturen als besonders stark, vergleichbar auch mit den sich vor Ort vollziehenden gesellschaftlichen Umbrüchen. Das lässt die Hypothese aufstellen, dass bei fortschreitender gesellschaftlicher Entwicklung zunehmend in Osteuropa Veränderungen in den nationalen Rekrutierungssystemen zu erwarten sind. Die aktuellen Tendenzen in Slowenien oder Tschechien können dafür als erste Indizes gelten.

---

<sup>68</sup> Dagegen zeigen Länder, die sich zu Zeiten des Kalten Krieges durch Neutralität auszeichneten, bei allem beschriebenen Wandel noch die größte Kontinuität in den Rekrutierungssystemen auf. Das betrifft verstärkt die Region Nordeuropas.

## 6 Literaturverzeichnis

Baratta, Mario von (Hrsg.): Der Fischer Weltalmanach 2002, Frankfurt a. M. 2001.

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Sonderausgabe, Frankfurt a. M. 1996.

Bonn International Center for Conversion: Conversion Survey 2001. Global Disarmament, Demilitarization and Demobilization, Baden-Baden 2001.

Bredow, Wilfried von; Kümmel, Gerhard: Das Militär und die Herausforderung globaler Sicherheit. Der Spagat zwischen traditionellen und nicht-traditionalen Rollen, Strausberg 1999, S. 24.

Bredow, Wilfried von: Die Streitkräfte im postmodernen Zwielficht, in: Kümmel, Gerhard; Collmer, Sabine (Hrsg.): Europäische Streitkräfte in der Postmoderne, Baden-Baden 2002, S. 11–28.

Bundesamt für den Zivildienst (Hrsg.): Daten und Fakten zur Entwicklung von Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst, Köln 2002.

Bundesministerium der Verteidigung: Multinationalität, Stichworte für die Öffentlichkeitsarbeit und Truppeninformation, Bonn 1999.

Buchbender, Ortwin; u. a.: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik mit Stichworten zur Bundeswehr, 4. überarbeitete Aufl., Hamburg 2000.

Doorn, Jacques van: The Decline of the Mass Army in the West. General Reflections, in: Armed Forces & Society, 1/1975, S. 147–157.

Freedom House (Hrsg.): Annual Survey of Freedom Country Scores 1972–73 to 1999–00, in: <http://www.freedomhouse.org/ratings>, Stand: 20.02.2003.

Gaber, Rusanna: Demokratie in quantitativen Indizes: Ein mehr- oder eindimensionales Phänomen?, in: Lauth, Hans-Joachim; Pickel, Gert; Welzel, Christian (Hrsg.): Demokratiemessung, Wiesbaden 2000, S. 112–131.

Gasperini, Gianfranco; Arnejčič, Beno; Ujj, András: Sociological Aspects concerning the Relations within Contingents of Multinational Units. The case of the Italien-Slovenian-Hungarian Brigade, Rom 2001.

Giessmann, Hans-Joachim: Czech Republic, in: ders.; Gusternau, Gustav E. (Hrsg.): Security Handbook 2001. Security and Military in Central and Eastern Europe, Baden-Baden 2001, S. 199–223.

Gurr, Ted Robert; Jagers, Keith; Marshall, Monty G., hrsg. vom Center for International Development and Conflict Management at the University of Maryland: Polity IV Country Report 2000, in: <http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity/report.htm>, Stand: 20.02.2003.

Haltiner, Karl W.: Zur militärischen Identität westeuropäischer Gesellschaften, Manuskript, o. O. 1990.

- Haltiner, Karl W.: The Definite End of the Mass Army in Western Europe?, in: *Armed Forces & Society*, 1/1998, S. 7–36.
- Haltiner, Karl W.: Mass Armies in Western Europe, in: Vlachová, Marie (ed.): *The European Military in Transition. Armed Forces in Their Social Context*, Baden-Baden 1998, S. 38–63.
- Haltiner, Karl W.: Westeuropas Massenheere am Ende?, in: ders.; Kühner, Andreas (Hrsg.): *Wehrpflicht und Miliz – Ende einer Epoche? Der europäische Streitkräftewandel und die Schweizer Miliz*, Baden-Baden 1999, S. 21–27.
- Haltiner, Karl W.: Die Schweiz vor einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Kurskorrektur? Anmerkungen zur Neukonzeption der helvetischen Sicherheitspolitik und der Milizarmee, in: ders.; Klein, Paul (Hrsg.): *Europas Armeen im Umbruch*, Baden-Baden 2002, S. 85–107.
- Haltiner, Karl W.: The Decline of the European Mass Armies, in: Caforio, Giuseppe (Hrsg.): *Handbook of the Sociology of the Military*, New York 2003, S. 361–384.
- Haltiner, Karl W.: Die Wehrpflicht vor dem Aus? Europas Streitkräfte im Umbruch, in: Prüfert, Andreas (Hrsg.): *Hat die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland eine Zukunft?*, im Druck: Baden-Baden 2003.
- Haltiner, Karl W.; Klein, Paul: Europas Streitkräfte im Umbruch – Trends und Gemeinsamkeiten, in: dies. (Hrsg.): *Europas Armeen im Umbruch*, Baden-Baden 2002, S. 7–22.
- Inglehart, Ronald: *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt a. M. – New York 1989.
- International Institute for Strategic Studies (IISS): *Force in Modern Societies. The Military Profession*, Adelphi Paper No. 103, London 1973, S. 11–16.
- International Institute for Strategic Studies (IISS): *The Military Balance 1989–2003*, letzter Bd. London 2002.
- Janowitz, Morris: The Decline of the Mass Army, in: *Military Review*, February 1972, S. 10–16.
- Jelušič, Ljubica: Vom bewaffneten Volk bis zur Berufsarmee: Das Entstehen und die Umbildung der Streitkräfte Sloweniens, in: Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.): *Europas Armeen im Umbruch*, Baden-Baden 2002, S. 219–233.
- Kelleher, Catherine McArdle: Mass Armies in the 1970s. The Debate in Western Europe, in: *Armed Forces & Society*, 5/1978, S. 3–30.
- Kümmel, Gerhard: Die „Feminisierung“ der Streitkräfte: Jüngere Entwicklungen und Überlegungen zu einem Forschungsprogramm, in: Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.): *Europas Armeen im Umbruch*, Baden-Baden 2002, S. 235–258.
- Kümmel, Gerhard; Biehl, Heiko: Anforderungen an die deutsche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Klein, Paul; Walz, Dieter (Hrsg.): *Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, Baden-Baden 2000, S. 11–49.

- Kümmel, Gerhard; Klein, Paul; Lohmann, Klaus: Zwischen Differenz und Gleichheit: Die Öffnung der Bundeswehr für Frauen, Strausberg 2000.
- Martin, Michel L.: Conscription and the Decline of the Mass Army in France, 1960–1975, in: *Armed Forces & Society*, 3/1977, S. 355–406.
- Micewski, Edwin R.: Streitkräfte und gesellschaftlicher Wertewandel, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 3/1995, S. 251–264.
- Senghaas, Dieter: Die Neugestaltung Europas: Perspektiven und Handlungsgebote, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 18/1991, S. 11–20.
- Tolksdorf, Wilhelm; Linnenkamp, Hilmar: Wehrstruktur, in: Zoll, Ralf; Lippert, Ekkehard; Rössler, Tjarck (Hrsg.): *Bundeswehr und Gesellschaft. Ein Wörterbuch*, Opladen 1977, S. 340–343.
- Vanhanen, Tatu: *Prospects of democracy: a study of 172 countries*, London 1997.
- Vlachova, Marie: Langsam, aber kontinuierlich. Die Integration von Frauen in die Tschechischen Streitkräfte, in: Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.): *Europas Armeen im Umbruch*, Baden-Baden 2002, S. 259–269.
- Vogt, Wolfgang R.: Zivil-militärische Konflikte in der Demokratie – Eine soziologische Konzeptualisierung des „Theorems der Inkompatibilität“, in: Schulz, Karl-Ernst (Hrsg.): *Streitkräfte im gesellschaftlichen Wandel*, Bonn 1980, S. 37–74.
- Wiesendahl, Elmar: Wertewandel und motivationale Kriegsunfähigkeit von Streitkräften, in: *S+F. Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden*, 1/1990, S. 25–29.

**Autorin**

**Ines-Jacqueline Werkner** studierte Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin; Promotion zum Dr. rer. pol. an der Freien Universität Berlin. Seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr. Weitere Forschungsschwerpunkte sind: Militärsoziologie, Politik und Religion, Vergleichende Politikwissenschaft.